

Bezugspreis:

Wochensatz 2.- Mk., monatlich 6.- Mk., ...

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Woll u. Feil“ erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags einmal.

Telegraphen-Adresse:

„Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Sonnabend, den 30. August 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Einzelgenpreis:

Die achtgehaltene Konsolezelle kostet 1.50 Mk. „Kleine Anzeigen“ ...

Die Kriegsgefangenen kommen.

Verfaillt, 29. August.

Der Oberste Rat der Alliierten veröffentlicht folgende Note:

„Um so rasch wie möglich die durch den Krieg verursachten Leiden zu mindern, haben die alliierten und assoziierten Mächte beschlossen, den Zeitpunkt des Inkrafttretens des Friedensvertrages mit Deutschland, soweit er den Rücktransport der deutschen Kriegsgefangenen betrifft, vorzudatieren.“

Die alliierten und assoziierten Mächte weisen aber ausdrücklich darauf hin, daß diese wohlwollende Haltung, von der die deutschen Soldaten so große Vorteile haben, nur dann von Dauer sein wird, wenn die deutsche Regierung und das deutsche Volk alle ihnen obliegenden Verpflichtungen erfüllen.“

Ankunft eines kleinen Transportes sibirischer Gefangener auf dem Schlesienschen Bahnhof.

Nach langem Schonen und Warten war es heute leider nur einem kleinen Teil von Kriegsgefangenen aus dem Ural, Tomsk und Irkutsk vergönnt, das Wiedersehen mit ihren Lieben zu feiern. Der Empfang war unter den heutigen Verhältnissen glänzend zu nennen. Hunderte von Angehörigen waren auf dem Bahnsitz mit Blumen und ausgestreckten Armen, die nur leider einige 60 Köpfe zählenden Heimkehrer zu begrüßen. Tränen der Freude über das Wiedersehen von Vermissten und Langerwarteten, Säuglingen und Männern, sah man hier. Aber auch viele Tränen der armen Mütter und Frauen, die vergebens zum Empfang erschienen waren, ohne die Lieben unter dem Transport zu finden. Denn das Nachkriegsleben reicht nicht aus, alle Namen der Angehörigen Heimkehrer ein würdiger Empfang bereitet. Es wurden Kaffee, Brot mit Butter und eine kräftige Suppe verabreicht. Zum Schluß wurden von den Damen Zigarren und Blumen verteilt. Die Angehörigen der Kriegsgefangenen-Heimkehr wurden in glänzender und aufopfernder Weise von einer Reihe von Ehrenmännern unter Leitung von Frau Schay, die persönlich für reichliche Blumenverteilung in den Empfangsräumen Sorge trug, unterstützt. Unsere heimkehrenden Krieger waren sehr beglückt über einen solchen Empfang, den sie nicht erwartet hatten. Von diesem Transport waren 10, die in Berlin Angehörige hatten, 6, die in Berlin bleiben wollten, wurden in dem Heim der Kriegsgefangenen-Heimkehr, Oranienstr. 105, untergebracht. Ebenso wird den Oesterreichern, die morgen weiter in die Heimat nach Wien reisen, Unterkunft gewährt. Alle anderen wurden nach Hause weitertransportiert. Wünschen wollen wir, daß diesem Transport recht bald andere und noch größere folgen werden.

Freilassung deutscher Seeleute in Chile. Die chilenische Regierung hat die internierten Mannschaften des deutschen Kriegsschiffes Dresden und des deutschen Seglers Seeadler in Freiheit gesetzt.

Erledigung der Schantungfrage.

„New York World“ erzählt, daß der Vorschlagsantrag des Senators Lodge in der Schantungfrage erledigt wurde.

Der amerikanische Eisenbahnerstreik vermieden.

Heute meldet aus Washington: Der Vorschlagsrat der Verbände der Arbeiter in den Eisenbahnwerkstätten empfahl die Annahme von Wilsons Angebot, demzufolge der Lohn eine geringe Erhöhung erfahren soll, bis das Ergebnis des Regierungsanwerblens, die Kosten des Lebensunterhalts zu verringern, feststeht.

Stahlarbeiterstreik!

„Times“ meldet aus New York, daß in Finanzkreisen und Kreisen der Stahlindustrie kaum gerechnet wird, daß die Stahlarbeiter in den USA streiken werden. Man glaubt jedoch nicht, daß die Betriebe vollständig stillgelegt werden. Das Pressebüro Radio meldet, daß Samuel Gompers mit den Arbeiterführern beraten wird. Es werden wichtige Ereignisse erwartet. Die Arbeiterführer sprechen jetzt weniger vom Streik, so daß die Lage hoffnungsvoller angesehen werden kann.

Betriebsräte in England. Nach dem Monatsbericht des englischen Arbeitsministeriums bestehen in 41 verschiedenen Industrien Englands Betriebsräte. Sie vertreten fast zwei Millionen Arbeitnehmer.

Gegen die deutsche Sozialdemokratie.

In der Debatte über den Friedensvertrag griff der Sozialist Brunet die deutsche Sozialdemokratie scharf an. Er sagte, daß die deutschen Sozialisten mit der Bewilligung der Militärforderungen nicht ihre Pflicht erfüllt, sondern ein Verbrechen begangen hätten, welches auf der ganzen Menschheit laste. (Beifall.) Die französischen Sozialisten hätten keine Verantwortung an der Katastrophe, da Frankreich ungerechterweise angegriffen und belagert vergewaltigt worden sei. Der Redner erklärt, daß der Vertrag niemanden befriedige. Das Blut der Toten und die Größe der Opfer Frankreichs hätten zu besseren Erwartungen berechtigt. Der Redner stellt fest, daß der Vertrag Reime zu einem neuen Krieg enthalte. Jedoch betonte er, daß die französische Regierung Beweise von Mäßigung und dem Geiste der Gerechtigkeit abgelegt habe. Er schließt mit der Erklärung, daß er der Regierung die Verantwortung für den Vertrag überlasse, der ihm ungenügend erscheine, um den Frieden zu sichern.

Brunet gehört zu den französischen Sozialisten, die das Elend, das der Krieg über Frankreich gebracht hat, so tief schmerzt, daß es ihnen unmöglich ist, Deutschland gegenüber gerecht zu sein. Hoffen wir, daß auch sie einst unser ehrliches Volk wieder erkennen und uns die Hand zur Versöhnung reichen.

Lebensmittelunruhen in Oppeln.

In Oppeln kam es am Donnerstag und Freitag zu großen Zusammenrottungen der Bevölkerung, welche eine Herabsetzung der Lebensmittelpreise und der Preise für Wirtschaftskartell forderte. Bereits Donnerstag führte die Menge die Stände der Obst- und Gemüsehändler, besonders der Großhändler. Am Freitag setzten sich die Zusammenrottungen in großem Maße fort. Die Menge drang in eine größere Anzahl Geschäfte der Textil-, Lebensmittel-, Bekleidungs-, Zigarren- und Zigarettenbranche. Die Waren wurden weit unter dem Preise verkauft, und ein Teil der Geschäfte wurde geplündert. Die meisten Geschäfte sind heute geschlossen. Die Ausschreitungen nehmen ihren Fortgang.

Die Zusammenrottungen führten zu einem Einschreiten des Militärs, das Ruhe und Ordnung wiederherstellte. In größeren Zusammenstößen zwischen Militär und Bevölkerung kam es nicht. Das Militär besetzte die Hauptstraßen der Stadt und einzelne öffentliche Gebäude.

Die Rumänienherrschaft.

Auf Anordnung des rumänischen Blaufeldkommandanten R. ungarischen Offizieren und Unteroffizieren das Waffen tragen untersagt. Offiziere dürfen die Stadt nicht verlassen. Polizisten dürfen nur auf Grund rumänischer Legitimationen Waffe tragen.

Pöbel.

Nicht von dem der Hinterhäuser und Raschemmen, dem erbliche Vererbung, Reichtum durch die „Anständigkeit“, Kot und Schwäche dahin gebracht haben, soll die Rede sein, sondern von den vornehmern, von ererbten oder erworbenen Vätern lebenden Drogen der Gesellschaft.

Ihre wahre pöbelhafte Natur zeigte diese Gesellschaft, als ein Berliner Kriminalkommissar auf Anordnung des Ministers des Innern die Swinemünder Spielböll schloß. Das in einem Spiellokal verfallene „vornehme“ Publikum nahm dem Beamten gegenüber eine so drohende Haltung ein, daß dieser den Revolver zog. Darüber noch größere Empörung in der „Welt“, die Direktion des Kurhaus-Kasinos wußte beim Minister Beschwerde über das Verhalten des Beamten führen. Öffentlich bekommt sie die richtige Antwort.

Das Obst bleibt frei!

Entgegen den bisher geübten Absichten wird auf jede Zwangsverfassung von Herbstobst verzichtet. Der Reichsernährungsminister hat genehmigt, daß auch für Herbstobst volle Handelsfreiheit bestehen soll. Die Reichsstelle für Gemüse und Obst und deren Organe werden jedoch, da eine fernere allgemeine Versorgung der Bevölkerung mit zureichenden Vorratsmitteln noch nicht als entbehrlich betrachtet werden kann, die Markeladenfabriken bei der Vereinnahmung entsprechender Obstmengen nach Möglichkeit unterstützen.

Verkehrsschwierigkeiten auch in Frankreich. Infolge der Verkehrserschwerungen leidet in Frankreich die Baustoffindustrie derart, daß man in Vollebe die Ziegelsteine stilllegen und etwa 600 Arbeiter entlassen mußte. Seit dem Woffenstillstand hat die Desorganisation der Eisenbahntransporte solche Fortschritte gemacht, daß das Material nicht abtransportiert werden konnte.

Stilllegungen auch in England. Nicht nur die Regierungsschiffswerften stellen auf Regierungsbevollmächtigte ihre Tätigkeit ein, sondern auch eine Reihe von Munitionsfabriken, die Kriegsmaterial für die Regierung angefertigt haben, sind offiziell stillgelegt worden. Eine große Munitionsfabrik, die 9 Millionen Pfund gekostet hat und gegenwärtig über 3000 Arbeiter beschäftigt, hat ihren Betrieb eingestellt.

Die Früchte des Radikalismus.

Die vernünftigen und anständigen unter den Führern der Unabhängigen beginnen jetzt die Früchte der rücksichtslosen Hege zu ernten, die sie seit Monaten in Wort und Schrift aus Angst vor den Kommunisten mitgemacht haben. Sie müssen jetzt, innerhalb ihrer eigenen Partei die Entwicklung erleben, die mit dem Wesen einer jeden Diktatur der Minderheiten aufs Engste verknüpft ist: wo man den Boden der „formalen“ Demokratie verlassen hat, hat man zugleich den letzten festen Balken für eine vernünftige, ehrliche Realpolitik aufgegeben und Tür und Tor der radikalen Phrasen geöffnet.

Ein geistvolles französisches Wort sagt: „On est toujours le radical de quelqu'un“: Man ist stets der Radikale eines anderen. Und man könnte dem hinzu fügen: Es ist nicht schwer, der Radikale eines anderen zu werden. Die radikale Phrase, die heute von den fortgesetzt aufgepeitschten Massen bejubelt wird, kann morgen kinderleicht durch eine noch radikalere überflügelt und als reaktionär beschimpft werden. Der Führer, der heute als echter „Revolutionär“ gepriesen wird, wird morgen als „Bremser“ ausgepöffelt werden.

Was nicht ist, wenn die Mehrheit den im Munde eines Phantasten oder eines Verbrechers jüngst geborenen Wahnsinn nicht mitmachen will? Die Mehrheit? Das wäre doch ein Rückschritt zu der mit Schimpf und Schande abgeschafften „formalen Demokratie“, die Mehrheit entscheidet nicht mehr. Also die Gewalt, die Waffen, der Terror! Die Diktatur des Proletariats bedeutet die Diktatur der radikalen Phrase, bedeutet Terror, Terror und kein Ende, es sei denn, daß die Konterrevolution ihren Schlußpunkt bilde.

Auf Trotzky und Lenin sind die eigentlichen Machthaber des heutigen Sowjet-Russlands, die außerordentlichen Kommissionen, gefolgt, auf Wela Kun folgte Samuyl. Und so ergeht es auch im Kleinen der U. S. V. D. als Partei. Auf die zu Beginn der Revolution zur Vernunft mahnenden, weil ihrer Verantwortung bewußten Gaase und Kautsky folgten Ledebour und Richard Müller, und auch „lehterer“ wird bereits in Groß-Berliner Versammlungen als Bremser niedergepöffelt, wehrt sich eine zeitlang, wie sich auch Gaase und Kautsky eine zeitlang wehrten, und wird auch, genau wie sie, mit immer größer werdenden Konzeptionen nachgeben müssen, aus Angst vor den noch zugkräftigeren Phrasen und Forderungen der Spartakusleute.

So sehen wir, daß in den letzten Wochen in zwei Fragen von entscheidender außen- und innerpolitischer Bedeutung für die Arbeiterklasse die U. S. V. gegen den Willen ihrer Gründer und nominellen Führer sich den Standpunkt der Kommunisten zu eigen gemacht hat.

Freilich, es hat den Anschein, daß in der einen Frage zumindest, nämlich des Anschlusses an die dritte Internationale, die U. S. V. vorläufig noch Halt vor dem letzten folgenschweren Entschluß gemacht hat.

Als ich unmittelbar nach der Luzerner Konferenz an dieser Stelle die Frage aufwarf: „Wo bleibt unser Ausschluß?“, antwortete der Vorsitzende der U. S. V., Arthur Crispian, in der „Freiheit“ mit Redensarten von „kindlichem Vergnügen“ u. dgl. und beteuerte, daß seine Partei von vornherein auch öffentlich zum Ausdruck gebracht hätte, daß die Luzerner Konferenz nur vorbereitende Arbeiten zu erledigen haben würde, und daß entscheidende Beschlüsse — also auch unser etwaiger Ausschluß — erst in Genf, im Februar 1920, gefaßt werden könnten.

Gewiß, bereits am Schluß seiner Artikelserie: „Die Internationale“, erschienen Ende Juli in der „Freiheit“, hatte Dr. Hilferding, nach einer ausführlichen und scharfen Betonung aller Gründe, die es der U. S. V. „ganz unmöglich“ machten, sich „einer Internationale anzuschließen, deren Grundzüge gehalten würden, eine Partei wie die der deutschen Rechtssozialisten aufzunehmen“, so nebenbei erwähnt, daß Luzern „allerdings nur vorbereitenden Charakter“ und erst Genf „endgültige Entscheidungen zu fällen“ haben würde. Auch der offizielle Beschluß der Parteileitung der U. S. V., erschienen in der „Freiheit“ vom 30. Juli, Abendausgabe, hatte sich dieses Rückzugstürchen offengehalten. Er besagte — und zwar sind die eigenen Druckauszeichnungen der „Freiheit“ hier respektiert:

... Uebereinstimmend kam die Ueberzeugung zum Ausdruck, daß ein Anschluß an die Internationale, in der für die Rechtssozialisten Raum wäre, für die Unabhängige Sozialdemokratie nicht in Betracht käme. Die Luzerner Konferenz wird nur als eine Vorbereitung für den später zusammenzutretenden Internationalen Kongress

betrachtet, der erst die endgültige Entscheidung über die prinzipielle Grundlage der neuen Internationale wird fällen können."

In den Zeitungen der ganzen Welt pflegt man das Wesentliche durch Sperrdruck zu kennzeichnen, das minder Wichtige dagegen in gewöhnlichem Druck zu erledigen. Nur bei den Unabhängigen scheint man also umgekehrt zu verfahren.

Aber gleichviel, ich mache Herrn Crispian höflichst darauf aufmerksam, daß in meinem Artikel: "Wo bleibt unser Ausschluß?", die Sätze standen: "Wird sich die U. S. P. hinter dem faulen Vorwand verschansen, daß erst der Genfer Kongreß im Februar 1920 berufen sei, über einen solchen Antrag abzustimmen?" Und am Schluss: "Ein solcher Schritt — nämlich der Anschluß an die Moskauer Internationale — wäre wenigstens logisch und tapfer. Beides Gründe, die es uns als unwahrscheinlich erscheinen lassen, daß er von der U. S. P. getan werde."

So wird mir Herr Crispian nicht vorwerfen können, ich hätte sein Ausschneifen nicht vorausgesehen und seinen Mut überschätzt.

Denn es handelte sich bei dieser Frage nicht darum, ob bei der Ankündigung unserer Ausschließung der Vorbehalt über die Zuständigkeit der Luzerner Konferenz mehr oder minder offen und auffällig betont wurde, sondern um die konkreten Ergebnisse der dortigen Zusammenkunft. Es ist in der Tat sehr leicht, dieselben radikalen Reden, mit denen man in Groß-Berlin die Massen verückt macht, vor den versammelten Führern der Internationale zu wiederholen und dazu noch hinterher entscheidende Stellen in der "Freiheit" gef... — na, sagen wir: "korrigiert" wiederzugeben, aber die Wahrheit über die in der zweiten Internationale vorherrschenden Stimmungen und Anschauungen zu sagen, kurz, auszusprechen, was gewesen ist, das ist viel schwieriger, zumal unter dem kritischen Auge der Kommunisten.

Sonst hätte Herr Crispian erzählen müssen, daß sein Antrag auf Ausschluß der Gewerkschaften als Mitträgerinnen des sozialistischen Befreiungskampfes einstimmig von der Organisationskommission abgelehnt wurde, desgleichen sein Antrag, der ein Bekenntnis zum Rätesystem enthielt. Sonst hätte er erzählen müssen, daß die Stimmung der Internationale gegenüber den deutschen Mehrheitssozialisten, wenn nicht gleichmäßig herzlich, so zumindest stets korrekt war, und daß, nach dem treffenden Wort Eduard Bernsteins in Nr. 10 des "Marxist", die Delegierten der U. S. P. „unumwundene Feindseligkeiten nur aus deutschem Munde“ zu hören bekamen, nämlich aus dem Munde Crispians und seiner Freunde. Sonst hätte er erzählen müssen, daß nach der gegenwärtigen Zusammenkunft der Internationale, die in ihrer überwältigenden Mehrheit beschlossen ist, sich auf keine bolschewistischen Experimente einzulassen, ein Ausschlußantrag gegen die U. S. P. in Genf vollständig aussichtslos ist.

Wenn er aber dieses wahre Bild der Luzerner Konferenz gegeben hätte, dann wäre wohl die ganze unter seiner Führung radikalisierte Unabhängige Partei zu demselben Schluß gekommen, wie die Spartakisten und z. B. die Hallesche Bezirksorganisation der U. S. P., daß nämlich ein weiteres Verbleiben bei der zweiten Internationale eine Unehrllichkeit und Feigheit ist, gegenüber rechts wie auch gegenüber links, gegenüber den Gegnern, wie auch gegenüber den eigenen Parteigenossen. Der erwähnte Hallesche Beschluß vom 14. August ließ an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Er stellte fest, daß die Delegierten der U. S. P., wie bei der Zusammenkunft der Luzerner Konferenz vorausgesehen gewesen sei, keinerlei maßgebenden Einfluß auf die Gestaltung des neuen Zusammenschlusses der Internationale ausüben konnten und daß für die U. S. P. D., die auf dem Boden des Rätesystems und der Diktatur des Proletariats steht, ein

weiteres Verhandeln mit dieser gelben Internationale nicht in Frage kommen dürfe.

Gerade weil diese Resolution logisch und mutig war und den Tatsachen entsprach, deshalb hat sich auch die "Freiheit" beeilt, von ihr abzurufen. Mit einem verzweifelt klingenden Auffah Karl Kautskys, "Judas in Luzern", in dem vor den Gefahren, eines Anschlusses an die dritte Internationale gewarnt wurde, wurde die Sache über dieses heikle Thema in der "Freiheit" eröffnete Diskussion geschlossen und der diktatorische Beschluß der Parteileitung der Unabhängigen — Entscheidung erst nach Genf — befanntgegeben. Aber es ist unwahrscheinlich, daß sich die Kommunisten, über deren "fanatische Unbuddhamkeit" ausgerechnet die "Leipziger Volkszeitung" klagt, damit zufrieden geben werden. Wie auch in den meisten übrigen Fragen werden auch hierin die im Schlepptau der Radikalen befindlichen sogenannten "Führer" der U. S. P. über kurz oder lang, jedenfalls noch vor dem Genfer Kongreß, der erst im Februar 1920 stattfindet, nachgeben müssen. Die Geister, die sie riefen, werden sie nicht mehr los.

Wie unangenehm die Radikalisierung der unabhängigen Massen vor sich geht, zeigt nämlich die andere kapitale Frage, in der sie sich den kommunistischen Standpunkt zu eigen gemacht haben: die Frage des Rätesystems. Ja, sie stehen heutzutage bereits weiter links, als selbst Karl Liebknecht noch zur Jahreswende, trat nicht Liebknecht bei der Reichskonferenz des Spartakus-Bundes, Ende Dezember 1918, für die Aufstellung von Kandidaten zur Nationalversammlung ein, für Vertretung im Parlament, um dort zugunsten des Rätesystems zu agitieren. Er wurde jedoch von der Kongressmehrheit überstimmt. Und so wird auch heute in den Versammlungen der U. S. P. die Forderung laut, die gewählten Unabhängigen müßten aus den Parlamenten austreten. Beschlüsse werden in diesem Sinne mit überwältigender Mehrheit angenommen. Auch dagegen wehren sich die in die Parlamente gewählten "Führer" nach Kräften, aus leicht verständlichen Gründen. Wie lange werden sie aber nach gegenüber der fortgesetzten Aufweitung ihrer Massen durch die Kommunisten auch diese brennende Entscheidungsfrage dilatorisch behandeln können? Was nützt es, wenn ein Kautsky keine wohnende Stimme verzweifelt erhebt?

Nächst sprach in Bankow bei einer Versammlung über den Zusammenbruch der Rätediktatur als Korreferent sein geringerer als der Vorsitzende der U. S. P.-Arbeiterräte Groß-Berlins, Stahlberg. Diese neue "Größe" am politischen Groß-Berliner Firmament erklärte, daß jeder, der sich dem Rätesystem widersetzt, von Sozialismus und Revolution nichts verstehe und daß die Massen das Rätesystem einführen würden, was auch die Kautsky und dergleichen dazu sagten. Die Anhänger der U. S. P. bejubelten diese Verhöhnung Karl Kautskys, jenes Mannes, der durch seine rastlose wissenschaftliche Arbeit während eines Menschenalters im Interesse des ganzen Proletariats gewirkt und in der ganzen Welt allgemeine Verehrung erworben hat.

So weit haben es die Berliner Radikalen schon gebracht. Kautsky und Hoase können sich zu diesen Früchten ihrer eigenen Schwächen und Fehler gegenseitig kondolieren!

Unterstützung polnischer Insurgenten.

Wie die "Kowiny" aus Sosnowice meldet, hat Vaderszewski für die aus Oberschlesien geflüchteten Insurgenten, die, wie bereits gemeldet, in Polen einem großen Gleich entgegengegangen sind, 1/2 Million Mark gespendet. Vaderszewski bemerkt ausdrücklich, daß dieser Betrag für die Bedürfnisse der Opfer der preussischen Gewalttaten in Oberschlesien bestimmt ist.

Daß zahllose Deutsche polnischen Gewalttaten zum Opfer gefallen sind, hat der ehle Polensführer wohl nie gehört?

Der Dreiklang.

Acht Stunden sollst du arbeiten: durch das Werk seiner Hände nährt und erhält sich der Mensch. Die Erde gebiert nicht müßig aus ihrem Schoß die Früchte, dem nackten Körper, mit dem du geboren wurdest, schenkte der Wind kein Kleid, und die Flamme auf deinem Herde entbrannte nicht von selber. O Freude des hellen Morgens, wenn der Arbeiter sein Werk ergreift, wenn die reine Kühle der Luft durch die Stadt weht und der Gesang der Werkleute sich auf dem Bauplatz erhebt. Gewaltiges Gesetz der Arbeit, schöpferische Ordnung der Welt, die das Gebäude der Staaten errichtet! Schmerz und Enttäuschung über das Mitleiden sinken dahin, Kraft und Gesundheit durchdringt die Muskeln, die erfüllt sind von dem Glück ihrer eigenen Bewegung.

Acht Stunden sollst du müßig sein: wenn deine Finger von ihrer Betätigung ausruhen, erhebt deine Seele die Frage nach allem Ursprung. Die Gedanken erwachen, das Herz verlangt nach seinem Glück. Die stille Feier des Abends erfreut dich, das Spiel des Kindes auf deinen Knien, der Spaziergang durch die Allee und das Singen der Nachtigall in den Bäumen. Dual und Bitterkeit über eine vergebliche Mühe, die Sorge um das verlorene Geschäft — versinken in einem Ruh deiner Weibes. Der Tisch der Mahlzeit versammelt deine Freunde um dich, die Musik der klappernden Zeller und das willkommene Geräusch der laufenden Räder. Das schöne Buch unter der Lampe gehört dir nicht weniger wie der hohe schweigende Raum in der Bibliothek durchweht von dem Atmen der Lesenden, die voll Erwartung eine Seite umblättern. Dir gehört der Ausflug in den sommerlichen Wald, die Reife in das Gebirge, die bunte Flamme der Theater, deren Vorhang über einer südlichen Landschaft aufsteigt, der lässliche Traum im Halbschlaf und die stille Stunde am Nachmittag, auf einer Bank in den Anlagen, die Hand um die Hüfte des geliebten Mädchens geschlungen: Seligkeit aller Müßigen!

Acht Stunden sollst du schlafen: deine Ader, die ermüdet sind, bedürfen der Ruhe. Das wohlige Gefühl des Ausruhens durchströmt dich. Nun verlassen dich Not und Kummer, die Last der Verantwortung, die Ungeheuerlichkeit der Zukunft, der Streit mit dem Gegner, der Schmerz um die treulose Geliebte, den mißratenen Sohn, Hunger und Kälte, und der Gedanke, der nicht zu Ende gebracht wurde. Fühlst du nicht neben dir die Wärme des nachbarlichen Leibes? Die süße Schwäche des gestillten Abgehens bedäubt dich, freundliches Gespräch der Träume, denen kein Wunsch mehr verjagt bleibt. Schon schaukeln die Gedanken losgelöst auf dem Meer des Vergessens, aus dessen Tiefe der wiedererlebte Reiz sich für die Arbeit des neuen Tages bereitet. O Wiedergeburt! Auf-erhebung!

Acht Stunden Arbeit, acht Stunden Ruhe, acht Stunden Schlaf! Sühner Dreiklang des Lebens: in dir wandelt und erneuert sich die Welt. In deinem Gleichakt rollen wir das Rad des So-

schens in die Ewigkeit, an diese kleine Erde gebannt. Sie von dem Glück und dem Schmerz der Millionen erfüllt, sich auf ihrem unbekannten Wege schweigend durch den unendlichen Weltraum fortbewegt.

Armin T. Wegner.

Der sexuelle Film.

Tugendblicklich tobt der Kampf um Filmzensur und Filmreform, und immer häufiger werden die Hilferufe nach dem Staatskongress, der in der vergangenen Epoche die braven Bürger zu schützen vorgab.

Eine Grenze zwischen Kunst, die sich ein erotisches Thema erlaubt, und zwischen grober Spekulation auf unanständige Instinkte ist schwer zu ziehen. Wie sind unter der Monarchie so sehr gelangt und bekräftigt worden, daß wir immer noch bei einem kräftigen, deutschen Wort zusammenzufassen.

Trotzdem kann man sich angeklagt der neuen Filmproduktion nicht der Erkenntnis verschließen, die sich ganz von selbst aufdrängt, daß augenblicklich ein reichlich großer Teil der Filmfabrikanten mit Sexualität und Sinnlichkeit in wenig verschämter, meist unverschämter Form ardenslich Geschäfte machen will.

Der beste Beweis für solche Dinge ergibt sich aus der Fassung, und was hier angeboten und angepöbel wird, ist ein bißchen reichlich. So enthält z. B. die letzte Nummer einer wichtigen Filmzeitschrift Anpreisungen folgender Kinostücke: "Die Gefährten der Straße." — "Wo du bist, wird meine Liebe sein!" (Sehr guter Inhalt, pilante Szenen). — "Dein Leben für eine Nacht." (Spiel im Orient). — "Das Mädchen und die Räuber." (Der stillste Fall einer reinen Mädchenfeste). — "Die nur für Geld lieben." — "Margarete, die Bekannte einer Gefasenen." — "Und wandern sollst du ruhelos." (Die ichne Simbrier). — "Geddas Rache." (Die Tochter der Prostituierten). — "Die Sünderin." (Eine Anklage gegen die bestehende Sittenmoral). — "Halbjungfern." — "Gang und Elend der Kurtisanen."

Damit man nicht etwa glaubt, daß das eine Ausnahme sei, soll auch noch eine ziemlich oberflächliche Auslese aus einer anderen Filmzeitschrift folgen: "Der Leibeigene." (Ein Kriminalproblem. Sensationell. Erotisch. Sadistisch). — "Kinder der Liebe." — "Zwangsliebe im Freistaat." (Dramatische Bearbeitung der Sozialreformers von Frauenliebe und Ehe). — "Du, die Kofette." — "Das Recht der Frauenliebe." — "Die nach Liebe dürstet." — "Moderne Töchter." — "Skandal der Sinnlichkeit."

Daß eine solche jugellose und rohe Spekulation auf die sinnlichen Triebe zuerst die Minder, dann aber auch die anständig Gesinnten auf den Plan rufen muß, ist ganz klar, und alle schönen Worte von Aufklärung und pädagogischer Kultur können die häßliche Tatsache nicht verbergen, daß hier eine immer größer werdende Gefahr sich zeigt, die gerade den Nachwuchs aller Bevölkerungsschichten mit feilischen Schädigungen schwer bedroht.

Eine "Baukunstammer" für Württemberg.

Eine eigenartige und bedeutsame Vereinigung, die dem jetzt vielfach laut werdenden Ruf nach dem Berufsstand und nach sozial anerkanntem Berufsverzeihen entgegenkommt, ist für Württemberg in der Baukunstammer ins Leben gerufen worden.

Die französische Kohlenkrise.

In der "Humanité" macht Bartuel Vorschläge zur Beseitigung der Kohlenkatastrophe, die auch über ganz Frankreich als ungeheure Gefahr für das Wirtschaftsleben droht. Seine Forderungen gipfeln darin, daß die Rationalisierung der Kohlengruben allein die Ausnutzung der Bergwerke gewährleistet. Diese Rationalisierung ist nicht als Versaaktlichung gedacht, sondern etwa im dem Sinne, wie wir die Sozialisierung verstehen. Ein nationaler Gemeinschaftskörper soll gebildet werden, der einen technischen, finanziellen und einen kommerziellen (Handels-) Dienst umfaßt, der dem obersten Ausschuss untersteht soll. Der oberste Ausschuss soll zusammengefaßt sein aus Technikern, Berufsleuten und Vertretern der Gewerkschaft der Untertagsarbeiter, außerdem aus Vertretern der Unternehmer, der Arbeiterverbände, des Handels, des Ackerbaues und des Staates. Jedes Bergwerk soll einen Verwaltungsrat besitzen, der dem obersten Rat Kohlenwirtschaft abzugeben habe und der sich aus Ingenieuren, Arbeitern und Vertretern derjenigen Gemeinden zusammensetzt, auf die sich die Ausbeute erstreckt. Finanziert sollte die nationalisierte Kohlenwirtschaft durch eine festverzinsliche Anleihe werden, die allmählich zu tilgen sei, um dann keinen Zins mehr verteilen zu brauchen.

Kohlenüberfluß — in Spanien!

Während die Kohlennot ganz Europa bedroht, bestehen in Spanien ernsthafte Schwierigkeiten infolge Ueberflusses an Kohlen. Im Jahre 1914 betrug die Erzeugung 4,42 Millionen Tonnen, im Jahre 1918 stieg die Produktion auf 7,64 Millionen. In Asturien liegen allein 600000 Tonnen Kohlen auf Lager. Kleinere Bergwerke wurden geschlossen, wodurch 80000 Mann arbeitslos wurden. Dabei wird immer noch ein Preis von 50 Gulden für die Tonne bezahlt, während die Gesteungskosten die Hälfte betragen.

Die Kohlennot.

In Anwesenheit von Vertretern des preussischen Handelsministeriums, des Reichskommissars für die Kohlenverteilung und der Gewerkschaften fand am Freitag bei der Kohlenwirtschaftsstelle in den Werken eine Besprechung mit der Groß-Berliner Industrie und den Elektrizitätswerken über die infolge des bedrohlichen Kohlenmangels erforderlichen Maßnahmen statt. Die zwingende Notwendigkeit, einer durchgreifenden Einschränkung des gesamten Energieverbrauches (Kohle, Gas, Elektrizität) wurde allseitig anerkannt. Eine wesentliche Verbesserung der Ausnutzungsmöglichkeit der zur Verfügung stehenden Kraft läßt sich durch eine gleichmäßigere Verteilung des Kraftverbrauches über Tag und Nacht erzielen. Es ist deshalb in Aussicht genommen, die Industrie grundsätzlich auf 70 Proz. des bisherigen Durchschnittsverbrauches einzuschränken. Für den Fall aber, daß die Entnahme von Elektrizität auf die Nachstunden verlegt werden kann, würde eine Stromentnahme in Höhe von 85 Prozent des bisherigen Bedarfs zugehalten werden. Für diejenigen Verbraucher, die Strom aus Werken entnehmen, welche durch Fernleitungen bedient werden, soll für den Fall der Entnahme von Elektrizität während der Nachstunden zunächst versucht werden, ohne Einschränkungen auszukommen. Da eine prozentuale Einschränkung während der Normaldauer des Betriebes häufig aus technischen Gründen unmöglich ist, wird bei diesen Betrieben von einer Einschränkung der Arbeitszeit nicht abgesehen werden können. Eine entsprechende Verordnung wird in den nächsten Tagen zur Veröffentlichung kommen.

Kohlenmangel und Textilindustrie.

In einer Broschüre Textilarbeiterversammlung erklärte ein Mitglied der Preussischen Landesversammlung, die Kohlennot habe zur Folge, daß die Textilindustrie ungeheuren Schaden leide, Tausende Tonnen Flachs müßten verfaulen, da sie nicht geröstet werden können. Auch in Zukunft könnte man nach amtlicher Auskunft des Kohlenkommissariats wenig Kohlen anführen.

Die W. Söhner in den "Mitteilungen des Deutschen Werkbundes" ausgeführt, hat sich ein Kreis von etwa 100 jungen Württembergern Baukünstlern zusammengesetzt und eine einheitliche kulturell hochstehende Berufsvertretung geschaffen. In der Zusammenkunft der Kammer kommt einerseits der aristokratische Charakter der Kunst, der Begriff der Kunst, demütlich zum Ausdruck; andererseits ist dem demokratischen Prinzip so weit wie möglich Rechnung getragen. Das Hauptgewicht wird darauf gelegt, der Organisation immer frisches Blut zuzuführen und sie dadurch vor Einseitigkeit und Erstarren zu schützen. Das sehr umfangreiche Arbeitsprogramm gliedert alle Fragen der Baukunst in seinen Bereich. Die bisher nebeneinander bestehenden Organisationen der Baubereitungsstelle, des Landesauschusses für Natur und Heimatpflege, des Bundes für Heimatschutz und der Stelle des Landeskonferenters sollen, soweit baufunktionäre Fragen in Betracht kommen, zu einer einheitlichen Wirkung vereinigt werden. Die Kammer ist eine beratende Tätigkeit aus und vermittelt künstlerische Arbeit. Sie will als Vertretung der Baukünstlerische seinerlei Konfuzierung für die einzelnen Architekten sein, vielmehr den Baukünstlern eine ganze Reihe neuer Arbeitsgebiete eröffnen. Insbesondere wird die Kammer auf dem Lande und in kleineren Städten den Architekten ein großes Arbeitsfeld erschließen, das bisher fast völlig brach gelegen hat.

Notizen.

— Theater. Albert Bassermann wird mit Enderständnis des Staatstheaters nächsten Mittwoch, Sonnabend und Sonntag im Leisingtheater in der von ihm geschaffenen Titelrolle des "Schöpfers" wieder auftreten. — Die Erhaufführung des "Agolino" zum Besten der hungernden Kinder im Erzgebirge ist auf Dienstag, den 8. September, nachmittags 8 Uhr (im Künstlertheater), verschoben worden.

— Roman Hollands vor dem Weltkrieg 1902 geschriebenes Schauspiel "Die Zeit wird kommen" wurde zur deutschen Aufführung vom Deutschen Schauspielhaus in Hamburg angenommen.

— Eine Komponistin. Am Wiener Metropoltheater ist das Erklärungsstück einer Jugendonistin aufgeführt worden. Kamilla Fröhner hat mit ihrem Musikspiel "Ein Mädchentraum" eine starke Begabung an den Tag gelegt. Das Textbuch handelt von dem lustigen Traum eines Amtes, die Melodien sind zart und doch schlagkräftig vertont, ohne trivial zu wirken.

— Von Hermann Stegemann's Geschichte des Krieges wird Ende September der dritte Band bei der Deutschen Verlagsanstalt in Stuttgart erscheinen. Da nach der inzwischen erfolgten Auflösung des Großen Generalstabes ein deutsches Generalstabswerk über den Krieg nicht erscheinen kann, wird Stegemann's Werk, das planmäßig zu Ende geführt wird, erhöhte Bedeutung annehmen.

— Das Preisauschreiben für musergaltige Filme, das der Volkskammer gemeinsam mit der Wa erlassen hatte, hat keinen Erfolg gehabt. Unter den 220 eingelaufenen Manuskripten befanden sich zwar einige beachtenswerte Arbeiten, die aber keine Spektakel darstellten. Das Preisauschreiben wird im Oktober wiederholt.

Eine Anlage.

Im Namen des Bundes inaktiver Unteroffiziere und Mannschaften richtet ein Oberstleutnant folgendes offenes Brief an den Oberst Reinhard, den Führer der Reichswehrbrigade Berlin:

In Ihrem Tagesbefehl vom 23. 8. 19, Nr. 10, Führer 18, Abteilung Ia 2250 warfen Sie den Führern des Verbandes inaktiver Unteroffiziere und Mannschaften Deutschlands (Richtkapitulation) eine die Truppe zerstörende Politik vor und bringen den Verband mit dem Republikanischen Führerbund unter einen Hut, trotzdem Ihnen von dem Verband inaktiver Unteroffiziere und Mannschaften ehrenwörtlich und schriftlich versichert worden ist, daß derselbe mit dem R. G. V. nichts gemein hat und keine Politik treibt.

Eine zerstörende Politik dürfte wohl von Ihnen in die Truppe getragen werden, denn Sie belassen sich offen zur Monarchie, nennen die Regierung öffentlich ein Gefindel, den Finanzminister Erzberger einen Lumpen und nennen die schwarze-goldene Fahne die „Judenfahne“. Sie stellen sogar die ungewohnte Behauptung auf, daß die Berliner Polizeitruppe die Verhinderung der Revolution sei, im gegebenen Augenblick die Reichswehr fortzusetzen.

Der stellvertretende Regimentskommandant des Reichswehregiments 29 wurde von Ihnen auf die Straße gesetzt, weil er Sie darauf aufmerksam machte, die monarchistischen Kreise zu unterlassen. Das ist bezügelnd!

Und dann: Wie sieht es bei Ihnen mit dem sogenannten Offiziersmord aus? Steht es nicht Offiziers-Ehrenwort? Gaben Sie nicht einigen Herren des Verbandes die Versicherung, daß keine Kündigungen denjenigen gegenüber ausgesprochen werden sollen, die dem Verbande angehören? Bis zur Stunde sind die Kündigungen noch nicht zurückgenommen, wenn auch bis heute noch keine Entlassungen erfolgt sind.

Sie senden mit Ihrem Befehl in die Welt, unsere Ziele seien arbeitszerstörender Natur! Warum? Weil wir geschlossen hinter der Regierung stehen und uns durch Arbeit weiter helfen und keine Arbeitslosenunterstützung wollen! Wir wollen den Staat nicht dem Bankrott entgegenreiben! Das paßt aber nicht in Ihr monarchistisches Programm, denn im Falle des Vaterlandes sehen Sie das Wiedererblühen der Monarchie, zu der Sie sich offen vor der Truppe bekennen.

Sie agitieren bewußt mit allen Ihnen zu Gebote stehenden Mitteln für die Monarchie, sprechen selbst vor dem Mißbrauch der Kommandogewalt für Ihre Zwecke nicht zurück.

Es ist allerhöchste Zeit, daß die Regierung und die Öffentlichkeit auf Ihr regierungsfeindliches Treiben aufmerksam gemacht wird. Für einen Mann wie Sie, der die Republik zu schädigen sucht, wo es nur eben geht, ist kein Platz in der Reichswehr! Wenn Sie es mit Ihrer Offizierschere nicht vereinbaren können, einen Präsidenten anzuerkennen, dann dürften Sie der Regierung kein Treuegelöbniß geben. Vor allen Dingen dürften Sie den Treueid nicht leisten, der von Ihnen gefordert werden wird.

Sie stellen die kühne Behauptung auf, daß durch die inaktiven Unteroffiziere — von Ihnen inaktive Vertriebenen genannt — der Kampfsgeist der Truppen von Tag zu Tag sinke und durch die der Soldatenmoral in die Reihen der Mannschaften getragen sei! Wie schlecht müssen Sie über Ihre eigene Truppe orientiert sein!

Zwischen den inaktiven Unteroffizieren und Mannschaften herrscht ein Kampfsgeist, der wohl einzig dasteht! Der Beweis ist wohl am 17. 8. 19 erbracht worden, als der Befehl auf Ihre Veranlassung erging, daß der Mann, der bis zum fraglichen Tage vorzüglich angezogen habe, sofort zu entlassen sei. Wie standen da Unteroffizier und Mann? Mit Ausnahme weniger Leute wie eine Mauer! Durch diesen Kampfsgeist waren Sie gezwungen, keine Entlassungen vorzunehmen, da sonst Ihre Brigade nur noch aus wenigen aktiven Unteroffizieren und einigen Mannschaften bestanden hätte!

Warum habichtigen Sie innerhalb der Brigade einen eigenen Unteroffizierverband zu bilden? Doch nur, um auf diese Leute einzuwirken zu können, um für Ihre monarchistische Idee Anhänger zu finden, um im gegebenen Falle die Monarchie an die Spitze zu bringen. Wo bleibt aber Ihre Sorge für die Mannschaften, die genau so lange gedient haben wie mancher Unteroffizier? Ist der Mann, der für sein Vaterland blutete, nicht ebensowohl wert wie ein Unteroffizier? Für Sie ist es nur eine Null, der wieder zum Kadavergehörsam gezwungen werden soll, um Ihre Ideen verwirklichen zu können.

Gleichzeitig mache ich Sie auf die A. B. W. 44 und 54 aufmerksam und empfehle Ihnen eine gründliche Durchsicht derselben, damit Sie endlich über die Freiheiten des Mannes nach dem Dienst orientiert sind.

Hat der Offizier Sonderrechte? Ich erinnere an den D. O. V. und den Nationalbund! Ich stehe auf dem Standpunkt: Gleiche Pflichten, gleiche Rechte, und bitte Sie, nicht stets gegen die Ausführungsbestimmungen der A. B. W. und A. B. W. zu verstoßen.

Ich bin gezwungen, der breiten Öffentlichkeit Ihre Handlungsweise zu unterbreiten, damit dieser und der Regierung endlich die Augen geöffnet werden.

Genehmigen Herr Oberst den Ausdruck meiner vorzüglichen Hochachtung.

Georg Reuendorf,
Offizierstellvertreter im Nr. 1, 20.

Oberst Reinhard wird zu den in diesem Brief gegen ihn erhobenen Anschuldigungen Stellung zu nehmen haben. Das Reichswehrministerium oder wird darauf achten müssen, daß wegen dieser Flucht in die Öffentlichkeit nicht irgendwelche Maßregelungen stattfinden.

Sie schlafen.

Wieder zwei Beiträge zu dem Thema, das wir nun schon des öfteren angeschnitten haben.

I. Berlin, 29. August.

Am Gebäude des Zentralamts der Eisenbahndirektion, Halle'sches Hof, prangt auch heute noch die Bezeichnung „Königl. Eisenbahn-Zentral-Amt“. An den Gebäuden der Zollverwaltung in Naumburg dieselbe Bezeichnung! In allen Dienststempeln, die im inneren Dienst der diversen Behörden verwendet werden, dasselbe Bild.

Es sind ja verschiedene Gründe, die bei der Beurteilung der Sache herangezogen werden könnten, aber sie wirken nur teilweise entschuldigend, der Hauptgrund ist der: Die Herrschaften an der Spitze der Kämte wollen nicht!

Für einen Teil dieser Beamten ist die Monarchie unvergänglich; sie hängen mit ihrem ganzen Aufstieg, ihrem Titelkram, ihrem Mandarientum untrennlich mit ihr zusammen. Die Republik erscheint für sie einfach nicht. Sie hoffen auf „bessere“ Zeiten, auf Zeiten, in denen die Wappen und Kronen und die ganze monarchische Welterbenung wieder zu Recht besteht. Aus dieser Anschauungsweise heraus ist das Verbleiben der Bezeichnung an den öffentlichen Gebäuden zu erklären.

Als kleinen Entschuldigungsgrund könnte man höchstens geltend machen, daß da, wo die Worte aus der Steinfassade heraus entwidert sind, die Entfernung des ersten Wortes und der Kronen die Symmetrie hätten und eine größere Reinheit beanspruchten würde. Bei den Stempeln wären umfangreiche Neuanschaffungen erforderlich.

Das alles hätte aber schon längst geschehen können. Der

Grundgrund ist wie gesagt: Sie schlafen nicht, es weht, Sie wollen nicht.

II.

Olpe, Westfalen, 28. August.

In einer Anzahl von Postämtern im Kreis Olpe i. B. prangen noch heute stolz die großen Metallbuchstaben „Kaiserliches Postamt“. Der Kontrolleur am Landratsamt Olpe hat sich große Mühe gegeben, durch Eingabe an den Postminister, durch öffentliche Aufforderung in dem Olper Kreisblatt usw. die betreffenden Postämtern zur Entfernung der Buchstaben aufzumuntern. Der Postminister hat die Eingabe der „Einsachtheit“ halber an die Oberpostdirektion Dortmund weitergegeben, von welcher nach vollendeten 2 Monaten der Befehl kam, daß an dem Olper Postamt, einem Kreissteinbau, die Buchstaben „Kaiserliches“, deren Beseitigung übrigens bereits im November 1918 angeordnet sei (!), in den Steinblöcken verankert seien und daß zur Entfernung der Buchstaben „Kaiserliches“ die Steine zertrümmert werden müßten, was nicht angängig sei!

Also läßt man anscheinend die Angelegenheit auf sich beruhen, viellecht in der stillen Hoffnung, keine unnütze Arbeit zu machen, falls Wilhelm noch einmal wiederkehren sollte.

Interesse dürfte es noch erwecken, daß das Zentrumskreisblatt eine scharfe Kampfstellung gegen den Kontrolleur wegen seiner Versuche einnahm, diese monarchistischen Ueberbleibsel zu beseitigen. Der Kreisbeamtenverein, dem auch der Olper Postdirektor Kossuth (sein Verwandter des ungarischen Freiheitshelden) angehört, nahm deswegen auch eine geharnischte Erklärung gegen den Kontrolleur an.

Und so werden die Buchstaben weiter an der Fassade bleiben. Entweder bis Wilhelm wiederkehrt und sie dann eifrig mit Putzspatze ausgefräht werden, oder bis die Republikaner zur Selbsthilfe greifen.

Das wird hoffentlich nicht notwendig sein. Die Zentralbehörden haben schleunigst dafür zu sorgen, daß der Skandal endlich allgemein beseitigt wird. Entschuldigungsgründe für die weitere Passivität gibt es nicht.

Verhöhnung oder Versöhnung?

Die Konservativen, die Alldutschen, die Kreise der Junker und Revanchepolitiker sind bei dem. Sie halten den Friedensvertrag in den Händen und sagen sich: „Hier steht alles drinnen, was wir für unsere Parteipolitik brauchen. Wir werden nie in Verlegenheit kommen.“

Im Augenblick sind die Herrschaften dabei, die Kohlenkrise zu einer Hecke gegen die Sozialdemokratie zu benutzen. „Die Kohlenkrise für die Entente“, so lautet der Titel eines Artikels der „Deutschen Tageszeitung“, der in parteipolitischem Bohlen der Sozialdemokratie höhnt: jetzt müsse sie endlich dem Volke gegenüber Farbe bekennen und sagen, in welcher Weise der Friedensvertrag erfüllt werden müsse. Kohlen wolle Frankreich, und die mühten geliefert werden. Jetzt werde es klar, wie die „Deutsche Tageszeitung“ während des Krieges so oft ausgeführt habe, daß das ganze deutsche Volk in Zukunft für die Feinde frumen müsse. Summa summarum: Friedensvertrag, Zusammenbruch und Proletarisierung Deutschlands — die Früchte der Sozialdemokratie.

Den Herren von der „Deutschen Tageszeitung“ ist anscheinend nicht mehr in Erinnerung, daß die Sozialdemokratie immer darauf hingewies, daß ein verlorener Krieg das deutsche Volk zu einem Proletariat herabdrücke. Nicht der „Verständigungswahn“ der Sozialdemokratie hat das deutsche Volk proletarisiert und die Kohlenmonopole herbeigeführt, sondern der Wahn der Alldutschen, der den Krieg mitverursachte und Deutschland in die hoffnungslose Situation hinführte. Eine Verständigung war diesen Leuten immer unbedeutsamer, früher wie heute. Und doch gab und gibt es aus dem ganzen Land keinen anderen Ausweg als den der Verständigung. Freilich diese Erkenntnis wird der „Deutschen Tageszeitung“ und ihren Helfershelfern nie kommen.

Die „Deutsche Tageszeitung“ höhnt die Sozialdemokratie ob der Arbeitslosigkeit im republikanischen Deutschland. Sie denkt vielleicht im Augenblick an Oberschlesien. Nun, wie steht es denn mit Oberschlesien?

„Die Bergarbeiter Oberschlesiens“, schreibt die „Wiener Arbeiter-Zeitung“, sind zumeist Polen. Das alte junkerliche Preußen hat ihnen die polnische Schule verweigert, sie in deutsche Schulen gezwungen, deren Unterrichtssprache sie nicht verstanden, gegen deren Geist sie sich auflehnten; so lernte ein großer Teil von ihnen heute deutsch noch polnisch lesen und schreiben.“

Es sind also die Sünden der Junker, die Deutschland heute büßt, und es sind die Junker heute in Deutschland, die das Volk während der Abwägung der Junkersünden noch verhöhnen.

Die Herren dergestalt, die es sich um eine internationale Krankheit handelt, die sie mit ihren alten Methoden a la Dr. Eisenbart nicht beseitigen können.

Die Not ist da. Sie wird sich noch steigern im Laufe des Herbstes und kommenden Winters. Die Not ist überall bei Siegern und Besiegten. Allein wenn der „Verständigungswahn“ infolge der Not vielleicht eines Tages in der chauvinistischen Presse Frankreichs, in Blättern wie „Matin“ und „Komp“ marschieren sollte, bei der „Deutschen Tageszeitung“ wird der „Verständigungswahn“ nie marschieren. Das ist ja schließlich nichts neues. Zu ist an dem Verhalten der Junker und ihres Anhangs nur, daß sie in Deutschland ans Kreuz geschlagen haben, sich jetzt hinsetzen und höhnen und ihr frivoles Spiel weitertreiben wie bisher.

Ein Irrtum.

Zu dem Artikel mit dieser Ueberschrift in Nr. 440 des „Vorwärts“ habe ich nachstehendes zu berichten:

Ich habe nicht gesagt, daß das Vorgehen des preussischen Finanzministers, Genossen Sadelum, in Sachen der Uebernahme der Steuerverwaltung auf das Reich eigenmächtig erfolgt sei. Ich sagte, daß sich die Fraktion der preussischen Landesversammlung mit den einzelnen Steuervorlagen noch nicht beschäftigt hat, daß ich aber die Durchführung der Reichssteuer für unbedingt notwendig halte. Ich habe ausdrücklich nur von dieser einen Steuer gesprochen.

Im übrigen bezog sich meine Bemerkung von einer Eigenmächtigkeit Sadelums auf einen ganz anderen Fall, der mit der vorstehenden Sache gar keine Verbindung hat.

Wie diese Sache, ist auch die in dem Artikel noch erwähnte, eine Bemerkung des Gen. Feine betreffend, unrichtig wiedergegeben und zwar, wie ich hier annehmen muß, absichtlich.

Bei der in Frage kommenden Sitzung des Parteiausschusses sagte ich, daß die in ursprünglicher auf dem Standpunkt stand, daß zu Uebertragung der Reichssteuer und Landräten Juristen genommen werden sollen, da sie richterliche Funktionen mit ausüben haben und daß er erst nach ausführlicher Aussprache in der Fraktion diese Einschränkung bei den Landräten fallen ließ. Aber dafür juristisch vorgeschaltete Beigeordnete forderte. Wie dieser Sitzung der Fraktion war der Artikelsschreiber, in dem ich einen bekannten, sehr gewandten Jour-

nalisten, Mitglied der preussischen Landesversammlung, verwechselt, mit anzusehen.

Der Irrtum, und zwar der absichtlich gemachte, liegt also nur auf der Seite des Artikelsschreibers, der mir hier aus sehr bekannten Gründen einen freundschaftlichen Seitenhieb versetzen wollte. Diese meine Feststellung vor Eintreten in die Tagesordnung der heutigen Sitzung des Parteiausschusses wurde von keinem der mehrfach anwesenden Teilnehmer der beiden Sitzungen des Parteiausschusses widersprochen. Im Gegenteil bestätigten mir mehrere ausdrücklich die Richtigkeit meiner Ausführungen.

G. Schölich.

System Lund.

Genosse Davidsohn schreibt uns: Zu der gestrigen „Vorwärts“-Glosse über den Beschluß der U.S.P.-Arbeiterräte — „Nicht austreten, nur schwänzen!“ — bitte ich folgendes nachtragen zu dürfen:

Um den 20. September herum will der „Untersuchungsausschuß“ die Arbeiten zur Feststellung der Kriegsschuldigen, der Kriegsverlängerer usw. aufnehmen.

Ueber die Wichtigkeit dieser Tätigkeit und darüber, daß im In- wie im Ausland schon zu lange auf den Beginn dieser Untersuchungen gewartet wird, brauchen nicht viel Worte verloren zu werden.

Wohl aber bedarf das Folgende baldiger Klarstellung: Die sozialdemokratische Mehrheitsfraktion hat auf einen Sitz im Untersuchungsausschuß zugunsten der Unabhängigen verzichtet, damit diese statt eines Vertreters, der auf sie entfiel, deren zwei entfielen können.

Es muß nun alsbald festgestellt werden: ob die Unabhängigen auch den Untersuchungsausschuß „schwänzen“ oder ob sie in ihm mitarbeiten wollen.

Falls sie die Absicht haben sollten, nicht mitzuarbeiten, müßten wir unsere Zusage zurückziehen und statt zehn die uns zustehenden elf Mitglieder abordnen.

Davidsohn.

Versammlung der Schulheißbetriebe und die Diktatur.

Am Freitagabend tagte in der Unions-Brauerei eine Versammlung der Kopf- und Handarbeiter für Schulheißbetriebe, die die Fortsetzung einer früheren Versammlung war, in der die verschiedenen Fraktionen der Arbeiterparteien durch Redner vertreten waren.

Nachdem eine Reihe von Diskussionsrednern gesprochen hatten und der Vertreter der U. S. P., Kille, sein Schlußwort gehalten hatte, kam Genosse Erwin Barth zum „Vorwärts“ zum Wort, um über die Diktatur der Mitte zu sprechen. Der leitende Gedanke der Ausführungen des Genossen Barth war, daß jetzt alle für den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft geeigneten und gewillten Kräfte ohne Ansehen des Standes und der Parteizugehörigkeit für den Aufbau Deutschlands nicht geeignet, denn es sei auch nichts anderes als eine große Versammlung, in der geredet und Parteikampf getrieben würde. Geredet sei in Deutschland jetzt genug geworden, jetzt müsse gehandelt werden. Dabei müsse rücksichtslos jeder Schädling, wo er auch herbe, bekämpft werden. Er schloß: Alle guten und nützlichen Elemente unseres Volkes müssen zusammengeführt und gegen alle die, die aus der Notlage des Volkes für sich politische oder materielle Sonderinteressen ziehen wollen, muß ein absoluter Schutz aufgerichtet werden und wenn es sein muß mit Hilfe von scharfgeschliffenen Bajonetten.

Die Anhänger der Linksparteien, die zu Beginn häufig Zwischenrufe machten, hatten sich gegen das Ende der Rede des Genossen Barth völlig beruhigt und hörten mit großer Aufmerksamkeit zu. Der Hauptvortrag der U. S. P., Heineke, erklärte am Schluß des Podium, daß wohl alle erklärten U. S. P.-Leute den Hauptteil der Ausführungen des Genossen Barth unterschreiben könnten. Nur die gegenwärtige Regierung habe nicht getan, um der Arbeiterschaft zu zeigen, daß die deutsche Neuordnung nicht ausschließlich auf Kosten der Arbeiterschaft gemacht werde.

Zum Streik im chemischen Großhandel.

In der Freitagssitzung, die von morgens 10 Uhr bis in die frühen Nachmittunden hinein dauerte, war es nicht möglich, mit den Arbeitgebern zu einer Verständigung über die Lohnfrage zu gelangen, da die Angebote der Arbeitgeber so stark hinter den Forderungen der Angestellten und Arbeiter zurückblieben, daß die übertragene Arbeit der Beteiligten namenswerte Aufbesserungen nicht ergiebt hätten.

Von dem unparteiischen Vorsitzenden wurde der Vorschlag gemacht, zu überlegen, ob nicht der Kampf abgebrochen werden könne, wenn seitens der Arbeitgeber bestimmte Verpflichtungen eingegangen werden. Dazu gehörten in erster Linie die Aufhebung der Kündigungen und das Verbot der Abregelung. Die Arbeitnehmer waren bereit, im Hinblick auf eine in 10 Tagen eventuelle Zulassung des Schlichtungsausschusses zu treffender Regelung der Lohnfrage die Arbeitsaufnahme unter den vorgenannten Bedingungen zu empfehlen. Die Arbeitgeber wollten sich aber nicht bereit erklären, von Abregelungen abzugeben, vielmehr wollten sie sich diesen Weg offen halten indem sie erklärten, die Streikenden würden eingeleitet nur soweit es die Verhältnisse der Betriebe gestatten. Auf diesen Boden konnten die Vertreter der Streikenden nicht treten, weshalb die Verhandlungen resultatlos abgebrochen werden mußten.

Die Streikenden werden heute, Sonnabend, früh 8 Uhr, in den „Sophien-Sälen“, Sophienstr. 19, zur Sachfrage Stellung nehmen.

Gewalttat eines Befehungssoldaten.

Wie das „Westfälische Tageblatt“ von vertraulicher Seite erfährt, ereignete sich Ende voriger Woche auf der Venloer Straße in Köln bei hellem Tage ein Mordanschlag eines englischen Soldaten auf einen Polizisten. Ein deutsches Mädchen ging mit einem englischen Soldaten und einem Sergeant über die Straße. Als die drei an einem Polizisten vorbeikamen, bemerkte das Mädchen zu seinen Begleitern, der Polizist habe es einmal wegen Verkehrs mit Engländern angezeigt. Darauf zog der Soldat seinen Revolver und schoß den Polizisten kurzerhand nieder. Der Sergeant schlug den Polizisten mit seinem Seitengewehr ins Gesicht. Es gelang, den Sergeanten festzunehmen, während der Mörder bisher noch nicht ermittelt ist. Trotzdem zahlreiche Zeugen des unerhörten Vorfalls vorhanden sind, durften die Kölner Richter diesen Mord bisher nicht veröffentlichen.

Berichtigung. In dem Artikel „Der Volkswissenschaftler in Ruhland“ (Nr. 441) muß es auf der 2. Seite, Spalte 2 Zeile 23 „Dwinski“ statt „Winski“ heißen; in der 51. Zeile statt „Einwand freilegen“.

Wie Belgier entstehen.

Der aus Walmédy ausgewiesene Leiter der dortigen Ortsgruppe der S. P. D. sendet uns eine Schilderung der dortigen Zustände. Die Darstellung deckt sowohl die Niedrigkeit der Kapitalistenkreise, die, um ihr Vermögen zu retten, den Anschluß an Belgien wollen, wie die Schikanierung der deutsch denkenden Bevölkerung durch die Belgier auf. Wir lassen sie daher hier folgen:

In den letzten Tagen stand in mehreren Zeitungen zu lesen, daß die Belgier von Walmédy Besitz ergriffen haben. Die Leser der Zeitungen werden sich kaum bewußt sein, wie inhaltsschwer diese Zeilen für die Walmédyer sind. Der Kreis Walmédy umfaßt zwei Städte mit den zugehörigen Dörfern. In religiöser Beziehung ist die Bevölkerung überwiegend katholisch. Daher erklärt es sich, daß politisch das Zentrum die Weinherrschaft befehligt. Die Einwohner kümmern sich um Politik fast gar nicht. Der Krieg und die Revolution haben nun auch in die entlegensten Gegendörfer die Politik gebracht. Das frühere System in der Behandlung des arbeitenden Volkes hat auch in Walmédy den Arbeitern die Augen geöffnet.

In Walmédy wird die Lederindustrie in großem Stille betrieben. Viele Werbereißeiger, die vor dem Kriege schwankend standen, haben sich wieder gefund gemacht auf Kosten des Staates und der Arbeiter. Die Arbeiter erhielten bis zum Februar dieses Jahres bei 10stündiger Arbeitszeit in den Werbereien den fürstlichen Lohn von 4,50 M. pro Tag. In den beiden Papierfabriken ist es jetzt noch nicht viel anders geworden. Kurz vor den National- und Preußenwahlen trat zum ersten Male in Walmédy ein sozialdemokratischer Redner auf, da es kein Saalbesitzer wagte, seinen Saal zu dieser Versammlung herzugeben (aus Furcht vor Feuer und Hölle?), unter freiem Himmel. Durch die Ungunst der Witterung und aus Furcht war der Besuch nicht entsprechend der neugesetzten Stimmung, aber um so wirkungsvoller das Ergebnis war. Zwei Tage später stattfindenden Wahl vereinigten sich doch 778 Stimmen auf die Kandidaten der sozialdemokratischen Fraktion. Nun konnte man dazu schreiten, eine sozialdemokratische Ortsgruppe zu gründen, die sich sofort für die Besserstellung der Arbeiter mit Erfolg einsetzte.

Dunkle Wolken zogen für die beiden deutschen Kreise Walmédy und Eupen mit den Friedensbedingungen herauf, ängstlich fragt sich die Bevölkerung, wer tut was für uns, daß wir deutsch bleiben? Endlich erfährt das Volk, daß es von den Kapitalisten an Belgien verkauft worden ist. Hubert Lang, der im Kriege sein Vermögen um 10 Millionen vermehrt hat (bei 4,50 M. Arbeitslohn an seine Arbeiter), hat sich an die Spitze einer Clique gestellt, die ein Schreiben über das andere an den König der Belgier, an Clemenceau und alle feindlichen Kommissionen richtete, daß Walmédy und Eupen an Belgien angegliedert werden sollen. Um streng gerecht zu bleiben, will ich gleich bemerken, daß nicht alle Kapitalisten Walmédys auf Seiten dieses Hubert Lang und Genossen stehen, sondern ein gut Teil ihre echte deutsche Gesinnung bewahren. Als Hauptagitator dient ein gewisser Bragart, Angestellter in der Papierfabrik von Steinbach u. Co. zu Walmédy. In dem belgischen Heftblatt „Die Wachenne“ schiebt er seine giftigen Pfeile auf alle diejenigen ab, die es wagen, für das Deutschtum in den beiden Kreisen etwas zu unternehmen. Dieser Heftling weiß, daß er gedacht wird und auf eine Erwiderung in der Zeitung nicht zu rechnen braucht, auch die deutschen linksrheinischen Zeitungen unterliegen alle der Zensur, so daß er sich denn auch die erlogensten und unglaublichsten Artikel erlauben kann. So brachte er kürzlich:

„Am Rathaus zu Walmédy wäre die belgische Flagge gehißt und eine tausendköpfige Menge Walmédyer hätte die Flagge bejubelt. Als dann auf Befehl der britischen Besatzung die Flagge entfernt worden ist, sei die Menge traurig abgezogen.“ Das ist gelogen. Hierzu schreibe ich. Am 29. Juni, für Walmédy ein hoher Feiertag, verbunden mit dreitägiger Kirmeß, haben wir im ganzen 21 Häuser mit belgischen Fahnen geschmückt. (Walmédy hat 387 Häuser.) Von diesen 21 Häusern wurden 8 von belgischen Offizieren bewohnt.

Die Bevölkerung, mit Ausnahme dieser kleinen Clique von Vaterlandsverrättern, die knapp 5 Proz. der Einwohnerzahl ausmacht, ist deutsch gesinnt und bringt dies bei allen gegebenen Gelegenheiten zum Ausdruck. Sie wollen die wallonische Sprache, ihre Muttersprache, neben der deutschen Sprache beibehalten. Dies übt aber keinen Einfluß auf ihre wirkliche deutsche Gesinnung. Mit den belgischen Wallonen wollen sie nichts gemein haben, vielmehr besteht hier eine gewisse Feindschaft. Viele Wallonen stehen in deutschen Staatsstellungen. Sogar über das Rheinland hinaus sind Deutschwallonen als Beamte im Dienst, auch viele wallonische Mädchen sind an deutsche Beamte verheiratet und willig und mutig sind die wehrfähigen Jünglinge und Männer 1914 in den Krieg gezogen. Kein Fall von Fahnenflucht ist hier bekannt geworden.

Die Kapitalisten, außer der Clique von Vaterlandsverrättern, sowie diejenigen, die sich im Kriege etwas Wohlstand erworben haben, sind voll bereit, dem deutschen Staate zu geben, was er fordert und dies sogar mit Freuden, wenn man ihnen die Gewissheit geben könnte, daß sie deutsch bleiben. Man kann dies nur beurteilen, wenn man diese Anhänglichkeit am Deutschen Reich bei Versammlungen gesehen hat. Sie fordern nun, daß das gesamte deutsche Volk von dieser, ihrer deutschen Gesinnung Kenntnis erhält und die deutsche Regierung ihren ganzen Einfluß dahin geltend macht, daß für die beiden Kreise Walmédy und Eupen die geheime Volksabstimmung zugestanden wird. Sie wünschen, daß ihre treue, deutsche Gesinnung in alle Welt hinausposaunt wird zu unseren bisherigen Feinden, zu denjenigen, die in den Friedensbedingungen vom Selbstbestimmungsrecht der Völker gesprochen.

Wie eingangs erwähnt, gab es in Walmédy bisher nur eine politische Partei, das Zentrum. Als aber bekannt wurde, daß Walmédy und Eupen an Belgien angegliedert werden sollten, versagte die Partei nicht nur ganz, nein, sie verstummte und ich habe bis heute noch nicht feststellen können, daß sie ein Wort gesprochen oder geschrieben hätte für diese beiden Kreise. Vielmehr überließ sie die Arbeit und Gefahr der neu gegründeten sozialdemokratischen Ortsgruppe. Diese ging dann auch mit Mut und ohne Furcht an die Arbeit, aber die Probelgier (Vaterlandsverräter) ruhten auch nicht. Sie sorgten dafür, daß der Führer der Ortsgruppe aus Walmédy ausgewiesen wurde, ohne Haubern übernahm ein anderer die mir angetragene Führerschaft, aber unserer Tätigkeit wurde ein Ende bereitet. Die Probelgier hatten es fertig gebracht, daß sämtliche Versammlungen verboten wurden. Jetzt hieß es Maulwurfsarbeit verrichten, denn das geängstigte Volk mußte halt haben, hieß es doch von Januar ab schon, die Belgier rücken morgen ein.

Als nun der Friedensvertrag unterzeichnet war, kamen die Walmédyer schriftlich beim britischen Herrn Kommandanten ein, um wieder politische Versammlungen abhalten zu dürfen; dies wurde genehmigt. Der Gruppenleiter ließ sogleich Anknüpfungspunkte anschlagen und berief eine große Volksversammlung ein. Diese Plakate erregten bei den Probelgiern selbstverständlich Vergerne, sie ließen nichts unversucht, die Versammlung zu hintertreiben. Kurz vor der Versammlung mußte der Einberufer zum Bürgermeisteramt, hier wurde ihm eröffnet, die britische Kommandantur hätte verboten, daß die Versammlung unter freiem Himmel stattfinden, ferner dürfe ich nichts gegen die alliierten und assoziierten Mächte sprechen, auch kein Wort von Abstimmung erwähnen. Vier Saalbesitzer verweigerten den Saal, beim fünften hatten wir Erfolg. Die Menge wurde zu diesem Saal geleitet. Ganz Walmédy war auf den Beinen, leider konnte kaum der fünfte Teil in den Saal hinein. Von den umliegenden Dörfern waren sie gekommen, die Hügel waren überfüllt. Die Probelgier hatten per Auto einen belgischen Sozialisten aus der ersten Kammer kommen lassen, er sprach nur französisch, aber nicht zum Vorteil der Probelgier. Die Versammlung wurde überwacht von britischen und belgischen Besatzungen. Unter diesen Umständen nahm der Redner, für die katholischen Zuhörer leicht verständlich, seinen Stoff aus der Bibel, verglich die Ungläubigen mit den Sozialisten. Nur in diesem Thema war es ihm möglich, die Probelgier als Vaterlandsverräter mit Judas zu vergleichen, ohne daß man ihn vom Platze abführte. Dem belgischen Sozialisten gab man auf,

bei den Sozialisten der und jetzt feindlich gesinnten Länder seinen ganzen Einfluß geltend zu machen, daß dem jetzigen Deutschland ein menschenwürdiges Los beschieden würde, daß das versprochene Selbstbestimmungsrecht auch wirklich zur Anwendung gelange und daß die Internationale festere Form annimmt. Er hat dies in offener Versammlung feierlich versprochen.

An dieser Versammlung hatten auch die katholischen Oberlehrer und Oberlehrerinnen teilgenommen. Prompt hielten die Probelgier ihre Kinder vom Schulbesuch zurück und beantragten in der Stadtkonferenzversammlung die sofortige Entlassung der Leiterin der höheren Mädchenschule, sie hätte in der sozialdemokratischen Versammlung am Vorstandstisch gesessen. Die heutigen Behörden gehen auf solche extremen Extrabestimmungen nicht mehr ein. Diese Versammlung hatte ihre Wirkung nicht verfehlt. Wie wir erfuhren, war die Ausweisung des Redners beantragt, aber dieser Antrag ist von den Briten abgelehnt worden.

Als Gegenstück veranstalteten die Probelgier des Sonntags darauf ein großes belgisches Madonnen: Mächtig-Walmédy. Ein größeres Plakat, wie dies, habe ich noch nicht mit erlebt. An der Straße, die von Belgien nach Walmédy führt, wurde am Samstag ein Triumphbogen mit belgischen und französischen Fahnen errichtet. (Englische Fahnen dürften sie nicht gebrauchen.) Beim Aufbruch dieses Triumphbogens wurden die Hand voll abhängigen Wälzläufer der Probelgier mit blutigen Köpfen heimgeschickt, sie erbateten von der englischen Besatzung Weistand und Wache, diese kam nicht und so mußte die belgische Kommission die Hölle und Wache leisten, sonst wäre dieser Aufbau in der Nacht verschwunden. Am selben Nachmittag war in den Geschäften eine starke Nachfrage nach Zehnmarken bemerkbar. Die Einzelmännchen hatten in der Nacht doch noch etwas erfunden und getan. Als am Nachmittag die ersten Kaufverträge aus Mächtig eintrafen, war uns etwas ängstlich zu Mute wegen des deutschen Straßenmeisters. Er war wirklich nicht schuld daran, daß die Chaussee in einer Nacht neues Pflaster bekommen hatte. Der geplante Umzug beschränkte sich auf ein Zehntel der Stadt, man sprach davon, daß die Hölle auf den Dächern lebendig wurden. Viele belgischen Teilnehmer benutzten notgedrungen zum Rückweg die Eisenbahn.

Die Belgier sind nun leider doch in Walmédy eingerückt und die schon so geängstigte Bevölkerung wird nun von dem übrigen deutschen Volk hermetisch abgeschlossen werden. Wir wollen es aber nicht unterlassen, für sie zu arbeiten, damit auch in den beiden Kreisen das Selbstbestimmungsrecht durch geheime Volksabstimmung gewahrt wird. Die Einwohner selbst können zu ihrer Befreiung nichts unternehmen, sie würden sich harten Strafen aussetzen.

Den Belgieren ist die deutsche Gesinnung der beiden Kreise bekannt, sie liefern schon lange Lebensmittel in ziemlich reichlicher Menge, sie werden nichts unversucht lassen, die Bevölkerung zu überrennen; aber der Haß ist groß und alte Leute, die kein Wort deutsch sprechen können, wollen lieber auswandern, als in Walmédy unter belgischer Herrschaft leben. Darum würde eine wirklich geheime Volksabstimmung sicher für Deutschland ausfallen.

Groß-Berlin

Parteilunktionäre!

Arbeiterratsmitglieder! Betriebsvertrauensleute!

Die Fortsetzung der Versammlung über den „Volkswidmud in Rußland“, Referent Herr Prof. Abramowitsch, findet Montag, den 1. September, pünktlich 6 1/2 Uhr, im Lehrervereinshaus, Alexanderstr. 40/41, statt. Das Erscheinen aller Parteilunktionäre ist im allgemeinen Interesse dringend notwendig. Eintritt nur gegen Vorzeigung der Legitimationskarte und des Parteimitgliedsbuches.

Schon wieder Fahrpreiserhöhung.

Erst kurze Zeit ist vorüber, wo man sich mit der Frage beschäftigte, ob die Tarife der Straßenbahn in der bisherigen Höhe aufrechterhalten oder heruntergesetzt werden sollten, und schon

Erleuchtung.

58 Roman von Henri Barbusse. Verdeutsch von Max Hochdorf.

XIV. Trümmer.

Ich falle auf die Anie. Dann strecke ich mich hin. Ich tue, was so viele andere getan haben.

Ich befinde mich allein auf der Erde, von Angesicht zu Angesicht mit dem Erdenfeste, und ich kann mich nicht mehr bewegen. Am mich schlägt das entscheidliche Gedonnere der Granaten nieder. Der dumpfe Sturm, der mich nicht kennt, will aber den Ort ausfindig machen, an dem ich mich befinde?

Dann entfernt sich die Schlacht. Und dieses Abwärtens der Ereignisse ist zerreißend. Trotz all meiner Mühe, mit den Dingen in Verbindung zu bleiben, erlischt das Geknatter des Hintenfeuers. Ich bin allein. Der Wind weht. Ich bin einsam und bloß. Ich werde liegen bleiben in der Verklammerung der Erde, und ich krämpfe mich an den Boden an. Ich tauche meine Hände in den Schlund des lehmigen Bodens hinein. Ich tauche hinunter bis zu dem Steinwerk. Ich drehe den Hals ein wenig, um der ungeheuren Last gewahr zu werden, die auf meinen Rücken niederdrückt, aber nein, ich erblicke nur die Unermehlichkeit des Weltalls über mir. Meine Blicke klimmen hinauf. Meine Blicke irren herum. Vor mir verfliegen sich Dinge, die ganz im Dunkel liegen. Die Dinge scheinen nacheinander zu hassen, sie scheinen sich untereinander zu verflüchten. Ich blicke auf diese schwarzen Flecken, die mir den Horizont verstellen, als wenn Hügelwellen davorlägen, die sich mit menschenähnlichen Bewegungen regen und hingehen. Die Menge der Dinge und Menschen, die dort hingedröhert ist, zerrt mich in ihr Getrümmer hinein. Jetzt bin ich unmaniert von den Menschen, die dort hingestreckt liegen, genau so, wie ich unmaniert war von den Menschen, die vorher aufrecht um mich gestanden hatten. Ich leide nicht mehr. In mir ist es außerordentlich ruhig. Ich bin berauscht von Friedlichkeit. Sind sie tot, alle diese Menschen? Man weiß es nicht. Die Toten sind die Gespenster der Lebenden, aber die Lebenden sind die Gespenster der Toten. Jemand etwas Geistes leckt meine Hand. Die schwarze Masse, die dort bleiern auf mich niederdrückt, wird von einem Wehen durchrüttelt. Jetzt merke ich es: Neben mir liegt ein hingestreck-

tes Pferd, dessen großer Körper sich verblutet. Und das Blut rinnt auf meine Hand nieder, als wenn eine Junge behutsam an mir leckte. Ich schließe die Augen. Ein Blenden durchrieselt mich. Ich denke an ein Fest, das einstmal gewesen ist. Jetzt erinnere ich mich auch. Einstmal habe ich in dem Theatertrahnen eines Waldstedens ein Tierjunges gesehen, das auch so von der Jagd getroffen worden war, und das mitten in der allgemeinen Freude sein lebendiges Blut versprudelte.

Neben mir spricht eine Stimme. Und es wird deutlich, obwohl ich nicht bis zur Höhe der zerrissenen Wolken und bis zur Himmelsmündung emporblicken kann, daß jetzt der Mond aufgegangen ist. Dieses weiche Licht beleuchtet die am Boden liegenden Leichen, wie richtige Grabmäler.

Ich möchte die Stimme finden, die so leise spricht. Zwei Körper liegen aufeinander: Der Körper, der unten liegt, ist von riesigen Wachen. Denn er schleudert die Arme wie einen Sturm nach rückwärts. Die Haare, die wirt und stopplich sind, fallen wie eine zerfetzte Krone über die Stirne. Die Augen stehen schräg und grau wie zwei Klümplein Gallerte. Die Unbeweglichkeit dieses Menschen ist mächtiger als alles, was man erträumen kann. Aber auf dem anderen Menschen junkelt es von silbernen und goldenen Pünktlein und Strahlen.

Dieser Mann ist es, der ohne Ende und mit leiser Stimme zu mir redet. Aber, obwohl er leise wie ein Freund spricht, sagt er doch zusammenhanglose Worte. Er ist wahn-sinnig! Ich bin vereinsamt in seiner Gesellschaft! Tut nichts, ich werde mich doch zuerst bis zu ihm schleppen. Noch mustere ich ihn. Ich schüttelte mich. Ich kneife die Augen zusammen, um ihn besser zu sehen. Sein Körper trägt die verdammte Uniform des Feindes! Da stürze ich mich auf die glänzende Beute, um mich ihrer zu bemächtigen, und meine Hand krallt sich zusammen. Aber es ist mir unmöglich, mich dem Feinde zu nähern. Es scheint, daß ich keinen lebendigen Körper mehr mit mir herumschleppen. Jetzt blüht der Feind mich an. Er wird meine Uniform erkennen, wenn sie überhaupt noch zu erkennen ist. Er wird meine Mühe erkennen, wenn ich überhaupt noch eine Mühe auf dem Kopf trage. Er hat vielleicht das unzerstörbare Siegel der Rasse erkannt, das in meine Buge eingeschrieben ist. Ja, auf meinem Gesicht hat er dieses Zeichen erkannt. Nun hat wohl ein Widerschein des Saffes alles das ausgelöscht, was eben noch so nahe bei mir auf

seinem Antlitz aufgeleuchtet hat. Unsere beiden Seelen machen einen verzweifelten Anlauf, damit sie zueinander gelangen. Aber je mehr wir uns treffen wollen, desto weiter müssen wir uns voneinander entfernen.

Hat er mich gesehen? Ich weiß es nicht mehr. Er wird von seinem Blute geschüttelt. Er wird von seinem Blute erstickt. Er wehrt sich dagegen und ich sehe die flatternden Flügel seines schwarzen Mantels.

Ganz in der Nähe haben andere Verwundete aufgeschrien. Und es ist, als wenn die Verwundeten, die weiter entfernt liegen, sich einem Eingang hingeben. Sie liegen jenseits der Pfähle, die so niedrig und verbogen und verkrümmt sind, als wenn man ihre Spitzen abgehackt hätte.

Mein Feind weiß nicht, was er sagt. Er weiß nicht einmal, daß er spricht; er weiß nicht einmal, daß ein Gedanke seinem Munde entströmt. Die Nacht geistert, und dies ungehemmte Wüten zerreiht die Nacht in Fegen, und es erfüllt die Nacht hierhin und dorthin mit Lichtblenden, und es ist die Wahnsinnsphantasie meines Feindes, die beherrschend in mein Haupt eindringt. Er murmelt, daß die Dinge durch entsetzliche Ketten der Wahrhaftigkeit zusammengekettert werden, und alles hängt nur dazwischen zusammen. Er spricht Sätze aus, aus denen die Worte gleich plötzlichen Lichtfunkteln herausprühen. Und ich verstehe in seinem Dymnen-Sagen nur dieses etwa: Bibel, Geschichte, Majestä, Wahnsinn. Dann schreit er auf: „Auf der Welt darf nur der Ruhm des Kaiserreiches herrschen.“

Dieser Schrei schüttelt die Stein- und Menschenriffe, die unbeweglich am Boden liegen, und ich, auch ich, bin nicht mehr zurückzuhalten, und ich schreie: „Nur der Ruhm Frankreichs darf in der Welt gelten.“

Ich weiß nicht, ob ich wirklich geschrien habe, und ob unsere Worte in der entsetzlichen Nacht aufeinandergeprallt sind.

Sein Schädel ist ganz taub. Er hat die Hand zum Gesicht aufgehoben, und seine Verührung hat dort ein Zeichen zurückgelassen. Er trägt einen Pelzfragen, aus dem sein dünner Hals und sein Vogelgesicht hervorsteht. Auf seiner Brust blitzen Sterne und Kreuze wie Schmutzstücke. In die Gehirne und in die pulsenden Lungen der düsteren Gefangenen, die rings um uns einen einsperrenden Zaun aufrichten, bohrt sich die große Stille hinein. Es scheint, daß man sich über allem Kreuze nur rüste, um uns zuzuhören.

(Fortf. folgt)

wieder kommt die Kraft, die Straßenbahn vom 1. September ab die Tarife wieder erhöhen will. Die Straßenbahn hält sich zu dieser Erhöhung bereit, da das eingeleitete Schiedsgericht die Abwälzung der erhöhten Betriebskosten für zulässig erklärt hat.

Wir können nicht sagen, daß das jetzt beliebte Verfahren, nachdem die Straßenbahn in den Besitz des Verbandes Groß-Berlin übergegangen ist und auf Rechnung dieses Verbandes betrieben wird, den Berlinern besser gefallen wird. Bisher war die Straßenbahn doch noch verpflichtet, ihre Mehrforderungen ausführlich zu begründen und die Zustimmung des Verbandes Groß-Berlin einzuholen. Jetzt, nachdem die Straßenbahn Kommunaleigentum geworden ist, hält man eine solche Begründung nicht mehr für notwendig und dekretiert einfach.

Und dabei ist anlässlich der vor einiger Zeit verbreiteten Berichte über die günstigen finanziellen Wirkungen der letzten Tarif-erhöhungen für die Straßenbahn im Publikum die Auffassung vorhanden, daß das Unternehmen recht gut floriert. Die Art, wie daher jetzt die Tarifierhöhung angekündigt wird, muß die Öffentlichkeit direkt wie einen Faustschlag empfinden.

Ueber die Erhöhung selbst teilt die Straßenbahn mit:

Vom 1. September ab tritt folgende Tarifänderung in Kraft: Fahrpreis für eine einzelne ununterbrochene Fahrt auf jeder Linie 20 Pf. Die früheren 10-Pf.-Fahrtscheine werden wegen der Papierknappheit aufgebraucht und als 20-Pf.-Fahrtscheine ausgegeben. Die Doppelfahrtscheine zu 35 Pf. und die Sammelfahrtscheine für 8 Fahrten zu 1,40 M. kommen in Wegfall. Die am 30. und 31. August ausgegebenen Doppelfahrtscheine bezahlten jedoch ohne Nachzahlung zur Benutzung innerhalb ihrer Gültigkeitsdauer. Für Hunde und gebührenpflichtiges Gepäck wird Fahrgehalt wie für eine Person erhoben. Arbeiterwochenkarten vom 1. September ab: für 6 Wochenfahrten 1,— M., für 12 Wochenfahrten 2,— M., Monatskarten von Oktober dieses Jahres ab: für eine Linie 15,00 M., für zwei Linien 20,— M., für drei Linien 25,— M., für vier Linien 30,— M., für sämtliche Linien 40,— M. Schülerkarten 5,50 M. Die Fahrpreise im Anschlußbetriebe mit der Spondaer Straßenbahn (Linie N, P, R und Linie 5 der Spondaer Straßenbahn) bleiben unberührt.

Die Verbandssammlung Groß-Berlin tritt Montag, 8. September, im Berliner Rathaus zu ihrer ersten Sitzung nach den Ferien zusammen. Auf der Tagesordnung stehen fast ausschließlich Verkehrsangelegenheiten, über die sich zunächst noch der Verbandsausschuß am nächsten Montag schlüssig zu machen hat. Von dem Abschluß des Kaufvertrages mit der Großen Berliner Straßenbahn und der Genehmigung zur Aufnahme einer Anleihe von 141 Millionen Mark zum Erwerb dieser Gesellschaft wird der Verbandssammlung Kenntnis gegeben. Von besonderer Bedeutung wird eine Vorlage über die Festsetzung von Grundsätzen zur Verwaltung der Großen Berliner Straßenbahn als Verbandunternehmen sein. Ueber die Verhandlungen des Sonderausschusses der Verbandssammlung wegen Erwerbung der Berliner Ostbahnen wird Stadtrat Roehning (Berlin) Bericht erstatten. Es ist, wie gemeldet, zwischen dem Sonderausschuß und den Berliner Ostbahnen zu einer Einigung über den Ankauf auf der Grundlage eines Preises von 6 450 000 M. gekommen. Eine weitere Vorlage betrifft den Betrieb der Berliner Elektrischen Straßenbahnen (Siemensbahn) durch die Stadt Berlin.

Gebt Wohnräume her!

Der Magistrat Berlin erläßt nachstehenden Aufruf: Durch den Zustrom geflohenen oder vertriebener Volksgenossen aus den besetzten und abzutretenden Gebieten steigt die Wohnungsnote von Tag zu Tag. Alle Mittel zu ihrer Behebung sind nahezu erschöpft. Für den Umzugsstermin am 1. Oktober müssen auch ohne Zuhilfenahme von Familien untergebracht werden. Der Magistrat hat deshalb in dieser Notlage von der obersten Landeszentralbehörde die Ermächtigung erwirkt, in große Wohnungen, die von wenigen Personen bewohnt sind, Familien oder auch Einzelpersonen zwangsweise unterzubringen. Diefelbe Ermächtigung wird noch eingeholt werden für geflohenen und vertriebenen Familien und Personen. Bevor aber der Zwang angewendet werden soll, wendet sich der Magistrat zum letzten Male an das soziale Gewissen der Bürger Berlins. Wir dürfen unsere Volksgenossen nicht obdachlos werden lassen und müssen uns deshalb die Beschränkung der eigenen Bequemlichkeit vorübergehend in dieser Zeit der Not auferlegen.

Wer wohnt Familien oder Einzelpersonen nach freier Wahl in seine Wohnung aufzunehmen, der wende sich umgehend unter Angabe der zur Verfügung stehenden Räume (Leer oder möbliert) an das Wohnungsamt, Drantzenburger Str. 16 (wer Studenten oder Studentinnen bei sich unterbringen will, wende sich an den studentischen Wohnungsnachweis, Universitätsstr. 3). Hier können auch alle weiteren Wünsche hinsichtlich Familienstand, Konfession, Beruf usw. der aufzunehmenden Personen vorgebracht werden; sie werden nach Möglichkeit berücksichtigt werden. Falls die Zahl der einlaufenden Meldungen nicht genügt, muß der Magistrat unweigerlich und in aller Eile von der ihm erteilten Ermächtigung zur zwangsweisen Belegung der Wohnungen Gebrauch machen. Jetzt ist noch Gelegenheit, unter den aufzunehmenden Familien und Einzelpersonen frei zu wählen, made jeder Gebrauch von ihr zur Linderung der Not, ehe es zu spät ist! Wir appellieren an den Opferwillen unserer Mitbürger und erworten, daß alles getan wird, um in der Aufgabe der Linderung dieser großen Not dieser unserer Volksgenossen rasch und wirksam zu unterstützen.

Magnahmen Berlins zum Mieterschutz.

Auf Grund der Mieterschutzbestimmungen hat der Berliner Magistrat folgende Anordnung erlassen:

Jeder Abschluß eines Mietvertrages über Wohnräume, Läden und Werkstätten ist dem Magistrat in Berlin — Wohnungsamt, Drantzenburger Str. 16 — vom Vermieter binnen einer Woche nach Abschluß des Vertrages anzuzeigen.

In der Anzeige ist der Name des Mieters, die Lage der Wohnung, der zuletzt entrichtete und der neue Mietzins anzugeben.

Ueberschreitet der vereinbarte Mietzins den Betrag, der für Wohnräume, Läden oder Werkstätten der gemieteten Art und Ausattung unter Berücksichtigung der Nebenleistungen des Vermieters üblich und angemessen ist, so kann sowohl der Magistrat (Wohnungsamt) innerhalb einer Woche nach Eingang der Anzeige als auch der Mieter bis zum Ablauf zweier Wochen nach Abschluß des Vertrages bei dem Einigungsamt beantragen, daß der Mietzins auf die angemessene Höhe herabgesetzt wird; etwaige Nebenleistungen des Mieters gelten als Teil des Mietzinses, ebenso eine für den Nachweis der Mietzinszahlung gezahlte Besoldung, soweit sie dem Vermieter unmittelbar oder mittelbar zusteht.

Aus einem Mietvertrage, der dem Magistrat (Wohnungsamt) nicht angezeigt ist, können vom dem Vermieter keine Ansprüche geltend gemacht werden. Der Vertrag wird auch in Ansehung der Ansprüche des Vermieters wirksam, wenn weder der Magistrat (Wohnungsamt) noch der Mieter innerhalb der Frist eine Herabsetzung des vereinbarten Mietzinses beantragt, wenn die Einträge auf Herabsetzung zurückgezogen werden, oder wenn das Einigungsamt über die Einträge entscheidet.

Der vorsätzlich Missetätige zuzulassen eine ihm obliegende Anzeige nicht rechtzeitig erstattet oder wissentlich unrichtige oder unvollständige Angaben macht, wird mit Geldstrafe bis zu 1000 Mark bestraft.

Für die Freiheit im Automobilhandel.

In den Germania-Sälen tagte gestern eine Automobilisten-Versammlung, in der Reichswehr über die aufstrebenden Militärbehörden, die Reichsverwertungsstelle und alle übrigen amtlichen Stellen, mit denen Automobilbesitzer und Händler zu tun haben, geführt wurde. Der Vortragende Kühlemann befeuerte einen Schupverband der Automobilbesitzer und Interessenten zu bilden. Er führte aus, daß bei den Behörden die Kesselpögen mit Benzol sowie die notwendigen Reifen und Öle verschoben würden. Es würden keine Wagen zum Betrieb freigegeben, während die Reichsverwertungsstelle die Fahrzeuge in großen Posten an Händler veräußere. Diese Händler würden überhaupt nicht, was sie mit den Wagen anfangen sollten. Die Händlerin hätten kein Interesse an einer Regelung, da sie im Kriege ihr Schicksal ins Todene gebracht hätten. (Zuruf: Die Schieber auch!) Die Händler müßten mehr Freiheit haben. (Zuruf: Um noch größeren Profit zu erzielen!)

Sehr härmisch gestellte sich die Debatte. So wachte behauptete, die Einberufer seien über die Materie völlig unorientiert. Man müsse annehmen, daß sie eine bestimmte Interessentengruppe darstellen. Die Herren sollten Farbe bekennen, wer sie sind und was sie wollen. (Zuruf: Schieber!) — Heil vom Transportarbeiterverband erklärte, daß die Organisationen bereits sehr viel getan hätten, um im Transportgewerbe geordnete Zustände herbeizuführen. Im Gegensatz zu den Einberufern sehe er nicht auf dem Standpunkt, daß man die freie Wirtschaft im Automobilgeschäft und Rietsfahrwesen brauche, sondern daß dieses sozialisiert werden müsse. — Schulze, der Vorsitzende des Vereins Groß-Berliner Kraftfahrzeugbesitzer, trat den Ausführungen des Vortragenden entgegen. Die Konfessionen seien oftmals erschlichen. Die Lage im Kraftfahrzeuggewerbe sei zurzeit trostlos. Betriebe mit 20 und mehr Wagen seien nur in der Lage, 1—2 Wagen kaufen zu lassen. Die Brennstoffverschwendung habe ihren Ursprung in den Händen. Man könne der Mineralölgesellschaft keinen Vorwurf machen, da sie selbst so gut wie gar nichts bekomme. Einen Posten Reifen, den die Berliner Kraftfahrzeugbesitzer als nicht konzentrierend abgelehnt haben, hat das Reichsverwertungsamt angekauft und gleichzeitig vor jedem Anlauf von Reifen aus den gleichen Händen, woher sie ihre Lieferung bezogen hat, als einer Schiebung gewarnt. — Wogener führte als Mitglied der Verkehrspolizei aus, daß die Automobilbesitzer die in Diensten der Verkehrspolizei stehenden Chauffeure später beschlagnahmten wollten. (Zuruf: Sehr richtig!) Wenn Sie das beabsichtigen, so werden wir daraus die Konsequenzen ziehen und es wird zukünftig Anzeigen geben. (Großer Lärm.) Die Militärkraftfahrzeuge bieten sich vielfach als „milbe“ Fuhrwerke an. Auffallend sei, daß großindustrielle Firmen anstandslos die Konfessionen für mehrere Direktionswagen erhalten. — Die weitere Debatte verlief außerordentlich härmlich. Die Anhänger der verschiedenen Interessentengruppen ließen ihre Stimmen nicht zu Wort kommen. Die Chauffeure schrien die Kraftfahrzeugbesitzer nieder und diese wiederum ließen die Händler nicht zu Wort kommen. In dem allgemeinen Durcheinander versuchten noch die Leiter der militärischen Verkehrspolizei und ein Delegierter des Polizeipräsidiums gegen die erhobenen Angriffe zu polemisieren. Schließlich erklärten die Kraftfahrzeugbesitzer, daß sie den Rummel nicht mitmachen wollten und verließen den Saal. Die zahlreich vertretenen Chauffeure schlossen sich an und nur ein kleines Häuflein von Händlern und Privatautomobilbesitzern blieb zurück, um sich in eine von den Einberufern ausgelegte Vise einzuschreiben, nach der eine Protestaktion gegen sämtliche behördliche Stellen vorgenommen werden soll.

Die A. G. O. teilt uns mit, daß auch die Kohlenversorgung der A. G. O.-Fabriken, insbesondere der großen Werksstätten an der Obersee genau so bedroht ist, wie die übrigen Groß-Berliner Unternehmungen. Die Firma war bereits genötigt, mit Betriebs-einschränkungen zu beginnen.

Weitere Geständnisse Schumanns.

Kun hat sich der Massenmörder Schumann auch dazu bequemt, die Ermordung des Brautpaares Ribbort-Wiedemann einzugehen. Er schildert den Vorgang in nachstehender Weise: Er sei am Seeufer spazieren gegangen und habe dort ein Zelt erblickt. Neugierig, was sich darin aufhalte, sei er an das Zelt herangetreten und habe das Zelt nach einander durchgeschlagen. Nun sei gleich ein Mann aufgesprungen, habe ihn gepackt und in das Zelt hineingezogen. Er habe sich zur Wehr gesetzt, es sei ein Kampf entsponnen, bei dem er seine Pistole gezogen und auf seinen Gegner gefeuert habe. Dieser Schuß müsse auch zugleich das Mädchen getroffen und getötet haben, daß er gar nicht gesehen habe. Dieser Darstellung steht aber schon das Ergebnis der gestrigen Obduktion gegenüber, bei der zwei Kugeln vorgefunden wurden. Nun meinte Schumann, vielleicht habe er in der Aufregung auch mehrere Schüsse abgegeben. Eine Vergewaltigung des Fräulein Wiedemann bestreitet er. Er will sie auch nicht entkleidet haben. Besonders hartnäckig bestreitet er, wie in allen Fällen, seine Raubabsicht. Er gibt an, daß er die Leichen zunächst habe liegen lassen und erst am anderen Morgen wieder hingegangen sei und sich die Schmutz- und Vertschachen angeeignet habe, um sie den Angehörigen wieder zuzustellen. Nun sind aber bereits zwei Ringe des Mädchens gefunden worden, die er bei einem Pöndelheer verlegt hatte. Die Briefstache mit 200 M. will er gar nicht mehr bei den Leichen gefunden haben. Er habe dann zunächst die Leiche des Mädchens in ein Loch verscharrt und dann die Leiche des Mannes in der Höhle.

Uebersallen und beraubt wurde gestern nachmittag die Frau Martha J. aus der Schlemmerstr. 18. Die Räuber belaubten die Frau und raubten ihr über 4000 M. bares Geld, mit dem sie unerkannt entliefen. Der eine Räuber ist etwa 1,70 Meter groß, hat blondes Haar und einen blonden, gestrichelten Schnurrbart und trug einen grauen Jodettanzug mit Gürtel und einen weißen, runden Strohhut. Der zweite ist etwa 1,68 Meter groß, hat dunkles, kurzgestricheltes Haar, einen blonden, gestrichelten Schnurrbart und trug einen dunklen Jodettanzug mit Gürtel und ebenfalls einen weißen, runden Strohhut.

Zwischen Puffern totgequiecht wurde gestern nachmittag der 18 Jahre alte Rangierer Hans Kland aus der Behmstraße 43. Der junge Mann geriet auf dem Bahnhofs in der Warschauer Straße beim Verschleiben von Eisenbahnwagen zwischen zwei Puffern, die ihm die Brust so einbrachten, daß er schon auf dem Wege nach der Hülfskammer in der Warschauer Straße verstarb.

Kins hat Wohnhaus. Und wird geirrt: In Weihenitz, Antonplatz, Ecke Säbelerstraße, ist ein Wohnhaus, welches sieben Familien beherbergt, trotz der großen Wohnungsnot abgerissen worden. An derselben Stelle wird jetzt ein großer Kinopalast errichtet. Was ist es möglich, daß zu diesem Projekt die Erlaubnis erteilt worden ist? Und von wo wird das Baumaterial geliefert, da andere Bauten wegen Baumangel nicht fertiggestellt werden können? Eine Bedürfnisfrage kann nicht in Betracht kommen, da schon sechs derartige Unternehmen am Plage sind.

Es wird notwendig sein, daß sich die in Betracht kommende Behörde sofort zu dieser Sache äußert.

Wer hat Wohnungen für sozialdemokratische Abgeordnete? Der Parteivorstand schreibt uns: Eine Anzahl Mitglieder der Nationalversammlung wünschen für die Dauer der Tagung der Nationalversammlung in Berlin geeignete möblierte Zimmer in der Nähe des Reichstages oder mit guter Fahrverbindung zu demselben. Offerten sind schriftlich an das Bureau des Parteivorstandes, Berlin SW 69, Lindenstr. 3, mit der Aufschrift „Wohnungsangebot“ zu senden.

Für die hungernden Kinder im Erzgebirge gingen bei uns ein: Sengpiel, Sportplatz 60, Aga Bernhardt Berlin N. 1,60.

Realität. Änderung der Gemeindefinanzverhältnisse. Durch die beträchtlichen, in letzter Zeit erforderlich gewordenen Mehrausgaben haben sich die städtischen Körperschaften gezwungen gesehen, den Zuschlag zur Einkommensteuer vom 1. April ab rückwirkend von 200 Proz. auf 300 Proz. zu erhöhen. Gleichzeitig haben die Stadtverordneten beschlossen, die Steuerpflichtigen mit einem Einkommen bis 1200 M. (Steuerjahre 6 und 9 M.) von der Gemeindefinanzsteuer ganz zu befreien, so daß diese Steuerpflichtigen für 1919 nur noch die veranlagte Staats-einkommensteuer zu zahlen haben, und Steuerpflichtige mit einem Einkommen zwischen 1200 und 1600 M. (Steuerjahre 12 und 13 M.) nur mit der Hälfte der tarifmäßigen Sätze zur Gemeindefinanzsteuer herangezogen werden. Zur Deckung des Ausfalls, der durch die Ermäßigung bzw. Freilassung der unteren Steuerläge entsteht, haben die städtischen Körperschaften eine entsprechende Erhöhung der Steuerläge bei Steuerpflichtigen mit einem Einkommen von mehr als 1600 M. beschlossen. Diese Steuerläge sollen für 1919 nach einem Tarife herangezogen werden, dessen Steuerläge um ein Drittel der für natürliche Personen vorgesehenen Zuschlagsprocente höher sind als die Steuerläge des § 17 des Einkommensteuergesetzes. Die erforderliche Berechtigung der Gemeindefinanzverhältnisse auf den zugestellten Steuerarten erfolgt bei der nächsten Steuerzahlung durch die Steuerzahlerstellen.

Niederländische Seifenfabrik. Aus der Gemeindevorstellung. In der letzten Sitzung ging Genosse Müller auf die geheimnisvolle Seifenfabrik des Schladattermeisters Grimm in der Karower Straße ein. Es sind dort beschlagnahmt worden: 47 Ballon Phosphatlauge, 1/2 Maß Seifenstein, 4 Käfer mit dickflüssigem fettigen Inhalt, 20 Kilo Säure, 1/2 Ballon Mandelöl, 62 Kilo Erbsen, 4 1/2 Kilo geräucherter Speck und zwei große Kochtöpfe. Es konnte festgestellt werden, daß dort eine Seifenfabrik in größerem Umfang betrieben wurde. Redner wies dann noch auf den Verkauf des Lebensmittelgeschäfts hin, wonach Grimm nur eine Verwertung erhalten hat, daß sie eine geradezu unerblickliche Milde, obendrein sei diese Verwertung aber auch bis heute noch nicht veröffentlicht worden. Nach einer lebhaften Aussprache wurde beschlossen, die Angelegenheit auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu legen. Genosse Koplin erörterte die Kohlenverteilung, die ebenfalls in der nächsten Sitzung erledigt werden soll. Dem Erlaß eines Ortsstatuts betreffend Einführung eines kollegialen Gemeindevorstandes wurde zugestimmt. Einem Antrage des Vertreters Siege, bei den zuständigen Stellen ein gleichmäßiges steuerliches Vorgehen bezüglich der Steuerumlagen aller beteiligten Bevölkerungsteile anzufragen, wurde zugestimmt.

Hennigsdorfer Mitgliederversammlung. Nachdem sich die Anhänger der S.P.D. in den Hennigsdorfer U.E.S.-Betrieben einen Vertrauensmännerkörper gebildet haben, der bereits durch Besprechungen und Flugblattverbreitungen eine gute Aufklärungsarbeit geleistet hat, fand am Mittwoch bei Stenzler eine Mitglieder-versammlung statt. Die Versammlung war aus den Kreisen der Handarbeiter und Arbeiter der Maschinenbauindustrie und der Arbeiter der Maschinenbauindustrie nicht die gleiche ist, konnten die Handarbeiter der Zusammenkunft leider nur in sehr beschränkter Maße beiwohnen. Es wurden allgemeine politische Tagesfragen und Organisationsfragen besprochen. Ein Hennigsdorfer Genosse behandelte die heutigen Weltgeschehen in einem einstündigen Vortrage, der, nach dem Beschlusse zu urteilen, die Ansicht der Mitglieder treffend zum Ausdruck brachte und eine anregende und bildende Diskussion hervorrief. In dieses Redewort wurde erfolgreich von einem alten Genossen eingegriffen, der seit Anfang dieses Jahres zur U.S.P.D. übergetreten war und heute wieder zu uns kam, weil er das Treiben unserer linken Brüder nicht mehr mit seiner alten sozialdemokratischen Beziehung und Ueberzeugung in Einklang bringen konnte. Eine Resolution fand einstimmige Annahme, die mit aller Deutlichkeit unseren alten sozialdemokratischen Standpunkt vertritt, Stellung zu heutigen Weltgeschehen nimmt und die dringendsten Wünsche unserer Parteimitglieder an die Führer in der Regierung zum Ausdruck bringt. Mit der Versicherung, überall mit der ganzen Person für die Propagierung unserer alten Ideale, für die Gleichberechtigung aller Volksgenossen, gegen alle Herrscherunterdrückungsversuche und von links einzutreten, schloß die anregende Versammlung.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Berlin. Fleischwaren können vom 1. bis 3. September bei den Brot-kommissionen gegen Bezugsgeld auf Wurstwaren umgetauscht werden. Für jede Fleischsorte zwei Bezugsgeld auf wöchentlich je 250 Gramm, für jede Wurstsorte je 125 Gramm.
Tegel. Vom 1. bis 7. September kommen folgende Lebensmittel zur Ausgabe: 250 Gramm Wurstwaren und 500 Gramm amerikanisches Mehl.
Steglitz. Sojamilch für Kinder, Magermilch für Kinder bis Dezember und die Nährmittelfabrik für Kinder im ersten und zweiten Lebensjahr heute Bushide A—P, Montag G—K, Dienstag L—R, Mittwoch S—Z 1/2, 12 und 3—5 genau ausweis.
Nothelfer. 500 Gramm Narmelade (63), 250 Gramm Reis (78), 3 Kilo Milchspeisen (82), 250 Gramm ausländ. Weizenmehl (T 15), 250 Gramm Weizenmehl (26), 250 Gramm Pflanzenöl (27), 250 Gramm Mandelkerne (2 C). Bis 2. September Abgabe. Verbriefte Ausgebungen werden unter keinen Umständen berücksichtigt. Ausgabe bis 7. September. Jeder in jeder gewählten Menge. Bezugsgeld auf Auslandsweizenmehl im Rathaus, Zimmer 6. Kartoffeln in jeder Menge ver- abfolgt auf Wochenabgabe.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Junger sozialistische Vereinigung (S. V. D.). Morgen: Wandern nach Potsdam—Kleinmachnow. Treffpunkt 6 1/2 Uhr früh Schleißer Bahnhofs, Eingang Kopen. Ecke Radestraße.
Arbeiter und Angestellte der Bergmann-Elektrizitätswerke. Montag nachmittags 3 Uhr, im Lokal von Senel, Ullrichstr. 10: Versammlung aller Arbeiter und Angestellten, die auf dem Boden der S. V. D. stehen.

Berichtszeitung.

Wegen räuberischer Erpressung waren die Arbeiter Paul Rosjowski, Karl Schnepf und Willi Vogel angeklagt. Sie hatten einen Händler L. in der Wundstraße zur Herausgabe seiner Barzahlung von 1700 M. gezwungen. Nachdem sie noch Jucker und andere Lebensmittel eingepackt hatten, zogen sie wieder ab. Einen ähnlichen erpresserischen Raubzug verübten die drei Angeklagten gegen einen Händler Sobel. — Das Gericht erkannte gegen Schnepf auf 10 Jahre Zuchthaus und gegen Rosjowski und Vogel auf je 4 Jahre Gefängnis.

Briefkasten der Redaktion.

M. 2. 33. 1. Nur wenn Sie Kriegsbeschädigter sind. 2. Rechts-sonnen. — 33. 2. Die Strafantragfrist beträgt drei Monate. — 49. M. 23. Werden Sie beim Landrat, am besten persönlich, vorstellig. Erfolgt dort Ablehnung, beschreiben Sie sich bei Regierungspräsidenten. — G. 2. 15. 1. und 2. G. 2. 15. 2. 1. 1. 106. 1. Nur bis zur Dauer von 14 Tagen. 2. Ja, falls Sie sofort abtreten. 3. Nein, Sie müßten aber einlassen werden. — M. 2. 100. Ja, wenn es sich um einfachen Diebstahl handelt und wegen Diebstahl nicht schon eine Verurteilung erfolgt ist. — 2. 87. 1. und 2. Das ist für die Beurteilung der Versicherungsfrage bedeutungslos. 2. Sie unterliegen nicht mehr der Versicherungspflicht, können sich aber freiwillig weiterversichern, indem Sie jährlich mindestens 3 Beitragsmonate leisten. 4. Nur dann, wenn Sie Kriegsbeschädigter sind.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutsche bis Sonntag mittag. Kaltweil ausfließen, jedoch überwiegend bewölkt mit weit verbreiteten Regenschauern und Gewittern, anfangs noch warm, später etwas Abkühlung.

